attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (07.06.2013)

Sand im Getriebe 103



Wir freuen uns über diese Initiative,

sich vom Druck der Finanzmärkte und der Austeritätspolitik zu befreien.

Was für eine Heuchelei: EU-Gremien beklagen das brutale Vorgehen gegen die massenhaften Proteste in Istanbul, aber über das brutale Vorgehen der Polizei gegen die **Blockupy**-Demonstranten schweigen dieselben Gremien.
Zu der Prügel-Orgie in Frankfurt schreibt der Kokreis von ATTAC-Deutschland: „*Blockupy Frankfurt 2013 hat nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass Standortnationalismus und Marktkonkurrenz keine Lösungen, sondern Krisenursachen sind. Blockupy trägt die Proteste der südeuropäischen Länder nach Deutschland, wo die Verarmungspolitik maßgeblich vorangetrieben wird und ist - unter Beteiligung vieler europäischer AktivistInnen - damit auch ein Zeichen der Solidarität in Europa. Die Bedürfnisse der Menschen, die sich in allen europäischen Ländern gegen die Austeritätspolitik wehren, richten sich auf eine solidarische und soziale Gesellschaft.*“

Es wird klar: die Akzeptanz für diese desaströse Politik schwindet, im Norden wie im Süden. Nach den erfolgreichen Streiks und Protesten in vielen europäischen Städten, zuletzt am 1.6., gibt es mit dem Gegengipfel (**ALTERSUMMIT**) in Athen einen weiteren Höhepunkt der Bewegung für ein anderes Europa, ein Europa, das das Konkurrenz-Paradigma aufgibt und stattdessen die Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Ländern Europas als gemeinsames Problem des Neuen Europa behandelt.

> weiter >

PDF-Version: *www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/*
Online Fassung: *http://sandimgetriebe.attac.at* ***Mail:*** *sig@attac.de*

Vorwort - Fortsetzung

Der Aufruf zum ALTERSUMMIT formuliert das so: „*Haushaltskürzungen vermindern nicht die Belastung durch Schulden, sie verursachen einen rezessiven Teufelskreis und steigende Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus säen sie Verzweiflung unter den Menschen in Europa.*“

Eine große Gruppe von Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern unterstützt das Treffen in Athen: „*Wir freuen uns über diese Initiative.*“

Wir veröffentlichen in diesem Heft einige Aufrufe und Stellungnahmen zur Lösung der europäischen Misere, um die Vielfalt aber auch die Übereinstimmungen von Alternativen zu dokumentieren.

So wendet sich der Unterschriften-Aufruf „**Europa geht anders!**“ gegen den gerade noch umkämpften „Wettbewerbspakt“, der Ende Juni verabschiedet werden soll und den es zu verhindert gilt.

Eine Gruppe um **Karl-Heinz Roth** tritt für ein **egalitäres Europa** ein: sie analysiert die Ursachen für die gegenwärtige Misere und versucht einen Überblick über die Optionen, die die Linke in Europa in der gegenwärtigen Sackgasse hat und schlägt das Projekt einer Föderativen Republik Europa vor. „*In der Föderationsverfassung wird ein generelles Abrüstungs- und Friedensgebot verankern werden.*“

Einige **progressive Ökonomen**, die sich u.a. auf dem ESF in Florenz zusammengeschlossen haben, fragen: „**Schulden und Euro: Was tun? - Vorschläge für eine linke Regierung**“.

Vorgeschlagen werden „*drei bedeutende und notwendige Brüche, um erfolgreich Widerstand gegen eine finanzpolitische Erpressung zu leisten*“ .Dazu gehört u.a. die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, damit die Kapitalflucht aus betroffenen Ländern gestoppt wird und die politische Ebene wieder Handlungsspielraum erhält. Die Ungleichgewichte in Europa sind allerdings nicht allein durch monetäre Mittel zu überwinden, sie können nur durch eine andere realwirtschaftliche Struktur überwunden werden, die auch ein Wiederentstehen der Verschuldung nach einem Schuldenschnitt verhindern muss. Das kann nicht den Märkten überlassen werden. Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass **Europa ein gemeinsames Problem** hat, das nicht durch nationalistische Egoismen gelöst werden kann. „*Progressive Alternativen zu dieser Krise erfordern eine Neugründung Europas:* ***Kooperation*** *ist notwendig sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene, für die Restrukturierung der Industrie, für ökologische Nachhaltigkeit und für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen*.“ Die Autoren betonen, ein „*Ausstieg aus dem Euro ist keine Garantie für einen Bruch mit dem „Euroliberalismus*“ und warnen: „*Jede linke Regierung muss sich über die schwierigen Probleme im Klaren sein, die ein Ausscheiden aus der Eurozone bedeuten würde“.* Für eine Neugründung Europas muss man sich der „*Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung sicher sein. Diese Unterstützung lässt sich nur erreichen, wenn ihr Programm deutlich den Kampf gegen die Interessen des Finanzkapitals, den Wiederaufbau einer Wirtschaft mit Vollbeschäftigung sowie die öffentliche Verwaltung der Gemeingüter als vorrangige Ziele festlegt.*“

Stephan Krull meint, dass der Kampf für eine faire Teilung der Arbeit in den Mittelpunkt der Lösungsalternativen gehört und setzt sich für eine Kampagne um eine **30-Stunden-Woche** ein. Im Mai fand das erste **zentral- und osteuropäische ökologische Sozialforum** (CEESF) statt mit dem Titel „*Revolten in der Peripherie?*“

Es hat also eine breite Debatte über die Neugestaltung des europäischen Projektes begonnen.

Nicht alle Vorschläge sind widerspruchsfrei, aber die Grundzüge fasst die vorgeschlagene Erklärung für den ALTERSUMMIT so zusammen: „*Weil wir eine selbsternannte europäische Oligarchie ablehnen, weil wir die Ausbeutung von Mensch und Natur in Europa und der ganzen Welt ablehnen , weil wir den Beitrag der EU zu Konflikten und Militarisierung ablehnen, weil wir die Beendung der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und die Abschaffung des Patriarchats fordern, weil wir echte Demokratie, echte Teilhabe [und „popular sovereignty”] fordern, weil wir eine Gesellschaft fordern, die soziale und ökologische Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt, sind wir entschlossen, eine gemeinsame Bewegung für ein demokratisches, soziales, ökologisches und feministisches Europa zu schaffen! Wir unterstützen und stärken einander in unseren jeweiligen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Wir wollen unsere Kräfte bündeln um gemeinsam für die Durchsetzung unserer Forderungen zu kämpfen und sie Wirklichkeit werden zu lassen – durch nationale und europaweite Aktionen*“.



Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! ***Coorditrad braucht noch Unterstützung!*** **www.coorditrad.attac.org**

Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft* ***(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften)*** ***Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.***

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben auch mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland); Barbara Waschmann und Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Altersummit

Sympathie-Erklärung für den europäischen Alternativ-Gipfel in Athen

Die Lage in Europa wird immer beunruhigender. Große Teile unseres Kontinents rutschen zurück in die Rezession, ohne dass die Folgen der Krise von 2008 auch nur im Ansatz überwunden wären. In den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern nehmen Arbeitslosigkeit und soziale Verelendung bislang ungekannte Ausmaße an. Menschen verzweifeln und verlieren das Vertrauen in die Demokratie. Immer offensichtlicher wird, wie verhängnisvoll sich in diesen Ländern die von der Troika erzwungene Fixierung auf Kürzung der Staatsausgaben und Abbau des Sozialstaats auswirkt. Als ob Streichungen im Gesundheits- und Bildungswesen und die Abschaffung von Arbeitnehmerrechten jemals irgendeinem Land den Weg zu einer besseren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung gebahnt hätten!

Uns als in Deutschland lebende Menschen macht es dabei besonders betroffen, mit welch außergewöhnlicher Halsstarrigkeit die Bundesregierung als mächtigste Kraft diese undemokratische Krisenverschärfungspolitik vorantreibt. Erreicht wird nur eines: Soziale Probleme werden zu nationalen Problemen umgedeutet. So werden Länder und Menschen gegeneinander aufgebracht, so wird Europa auseinandergetrieben.

Europa braucht dringend Signale der Zusammengehörigkeit und Solidarität.** Ein solches Zeichen soll am 7./8. Juni gesetzt werden. Menschen aus allen Teilen unseres Kontinents werden sich in Athen zu einem „EU-Alternativgipfel" treffen. Sein Motto: **„Stoppt die Kürzungspolitik, bevor die Kürzungspolitik die Demokratie zerstört!"

Wir freuen uns über diese Initiative, die von einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Organisationen ausgeht und von Gewerkschaften aus zahlreichen europäischen Ländern, darunter auch aus Deutschland, unterstützt wird.

Das Treffen in Athen wird ein Forum des Austauschs über die dringend erforderlichen Alternativkonzepte zur Überwindung der Krise.

Der DGB und die deutschen Einzelgewerkschaften haben wichtige Gedanken in diese Diskussion eingebracht. Das ist der Ideenwettstreit, den Europa braucht!

Wir erklären unsere Sympathie mit dem „AlterSummit" auch aus einem Gefühl der Verantwortung gegenüber einem sozialen und demokratischen Europa heraus. In der deutschen Öffentlichkeit verdient das Zeichen der Zusammengehörigkeit, das von dem Athener Treffen ausgehen wird, besondere Aufmerksamkeit. Wer es möglich machen kann, sollte hinfahren. Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine solidarische und demokratische, über seine gemeinsame Zukunft.

http://www.altersummit.eu

Christiane Benner, IG Metall; Prof. Dr. Elmar Altvater, Sozialwissenschaftler; Annelie Buntenbach, DGB; Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling, Sozialwissenschaftler; Jutta Ehlers, IG Metall; Prof. Dr. Gerhard Bosch, Sozialwissenschaftler; Michael Erhardt, IG Metall; Prof. Dr. Ulrich Brinkmann, Sozialwissenschaftler; Florian Haggenmiller, DGB-Jugend; Prof. Dr. Klaus Busch, Sozialwissenschaftler ;Klaus Helmerichs, IG Metall; Dr. Michael Dauderstädt, Wirtschaftswissenschaftler; Andreas Keller, GEW; Prof. Dr. Frank Deppe, Sozialwissenschaftler; Jörg Köhlinger, IG Metall; Prof. Dr. Klaus Dörre, Sozialwissenschaftler; Andrea Kocsis, ver.di; Prof. Dr. Trevor Evans, Wirtschaftswissenschaftler; Detlef Kunkel, IG Metall; Prof. Dr. Andreas Fisahn, Rechtswissenschaftler; Rudi Lutz, IG Metall; Dr. Steffen Lehndorff, Sozialwissenschaftler; Dr. Rudolf Luz, IG Metall; Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Sozialwissenschaftlerin; Uwe Meinhardt, IG Metall; Prof. Dr. Thomas Sauer, Wirtschaftswissenschaftler; Andreas Meyer-Lauber, DGB; Prof. Dr. Michael Schumann, Sozialwissenschaftler; Jürgen Peters, IG Metall; Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wirtschaftswissenschaftlerin; Gunter Quaißer, GEW; Prof. Dr. Karl Georg Zinn, Wirtschaftswissenschaftler; Lilo Rademacher, IG Metall; Dr. Witich-Roßmann, IG Metall; Armin Schild, IG Metall; Dieter Scholz, DGB; Horst Schmitthenner, IG Metall; Helga Schwitzer, IG Metall; Franz Steinkühler, IG Metall; Ulrich Thöne, GEW; Dr. Hans-Jürgen Urban, IG Metall; Frank Werneke, ver.di; Gerhard Wick, IG Metall ... sowie weitere örtliche GewerkschaftsfuktionärInnen



Aufruf für einen alternativen Gipfel: http://www.altersummit.eu/alter-summit/article/aufruf-zu-einem-alternativgipfel
Teilnehmende Organisationen: http://www.altersummit.eu/alter-summit/article/members
Programm von Altersummit in Athen: http://www.altersummit.eu/athenes/article/programm

Artikel zu Altersummit:
Eine europäische soziale Bewegung schaffen! http://sandimgetriebe.attac.at/10153.html
Corinna Genschel; Kräfte bündeln für ein anderes Europa, http://sandimgetriebe.attac.at/10251.html
Alter Summit: Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat , http://sandimgetriebe.attac.at/10253.html
Walter Baier: Die Ambition des Altersummit: http://sandimgetriebe.attac.at/10467.html
Attac Seiten: Attac Deutschland: http://www.attac.de/index.php?id=12789
Attac Österreich:http://www.attac.at/events/alter-summit.html
Attac Frankreich: http://www.france.attac.org/articles/en-route-pour-athenes
Attac Griechenland: http://www.attac-hellas.org/cms/index.php
Aufruf an DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen: Für den ganzen Prozeß nach Athen wird ein Pool von ÜbersetzerInnen aufgebaut. Bitte teilt euer Interesse an Coorditrad (http://www.coorditrad.attac.org/?lang=d9e) mit.

Solidarität ist die Macht der Völker! für eine internationale Solidaritätskampagne mit der griechischen Bevölkerung!
Heft, 24 Seiten – Erfahrungsberichte und Beschreibung von Solidaritätsnetze in Griechenland
http://www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf

ALTERSUMMIT

Ein Manifest der Menschen in Europa

Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen für ein demokratisches, soziales, ökologisches und feministisches Europa

Stoppen wir die Austeritätspolitik und fordern wir echte Demokratie!

Europa steht vor dem Abgrund. Die Austeritätspolitik treibt die Menschen in Europa in die Armut, untergräbt die Demokratie und zerstört soziale Errungenschaften. Die wachsende Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Umweltzerstörung nimmt zu und humanitäre Krisen verwüsten die am stärksten betroffenen Länder. Hauptleidtragende sind Frauen und junge Menschen.

Die europäische Oligarchie setzt zunehmend autoritäre Methoden ein, um ein gescheitertes neoliberales System zu erhalten, ungeachtet breiten Protestes und Widerstands. Demokratie und Frieden sind in Gefahr. Die religiös, rassistisch, homophob, sexistisch und nationalistisch motivierte Diskriminierung nimmt zu und die Krise verschärft sich Tag für Tag . Während die Existenz der EU selbst auf dem Spiel steht, schwächt die gegenwärtige Politik die Solidarität zwischen den Menschen in Europa.

Unser dringendstes Anliegen ist die Schaffung eines Europas auf der Basis von Gleichheit, Solidarität und echter Demokratie. Derzeit dienen EU-Institutionen und europäische Regierungen den Finanzmärkten und missachten die demokratische Souveränität (*popular sovereignty*). Sie müssen demokratischer Kontrolle unterstellt werden, das öffentliche Wohl muss Vorrang erhalten und ökologische wie auch soziale Bedürfnisse müssen erfüllt werden. Auf diesen Prinzipien gründen wir in Solidarität mit den Menschen auf der ganzen Welt unsere Forderungen nach einem demokratischen, sozialen, ökologischen und feministischen Europa.

I. Den erzwungenen Schuldendienst beenden

Die öffentliche Verschuldung hat ihren Ursprung in ökonomischen und politischen Entscheidungen, die noch immer auf der Agenda der EU-Institutionen und der europäischen Regierungen stehen. Die jahrzehntelange zurückhaltende Steuerpolitik hat ganz bewusst den unerhörten Reichtum einer kleinen Minderheit vermehrt, während gleichzeitig die Einnahmen der öffentlichen Hand sanken und Banken mit Steuergeldern gerettet wurden. Die Austeritätspolitik hat Haushalte und kleine Unternehmen ihrer Mittel beraubt und die wirtschaftliche Rezession zunehmend verschärft. Spekulation mit öffentlichen Anleihen gehört für private Banken zum täglichen Geschäft, während öffentliche Finanzen durch Korruption und Kungelei zwischen Politik und Privatwirtschaft vergeudet wurden.

Zudem geht die private Verschuldung in vielen Ländern auf Darlehen zurück, die vom Finanzsektor wie auch von Regierungen durch aggressive Werbemethoden gefördert wurden und als Ausgleich für stagnierende Reallöhne bei gleichzeitig steigenden Preisen dienen sollten.

Die von europäischen Institutionen und Regierungen eingeführten Maßnahmen zielen darauf ab, dass die Menschen für all diese Schulden aufkommen. Jedoch können diese Schulden größtenteils als illegitim angesehen werden, weil sie ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl entstanden sind. Mittlerweile ist klar, dass einige Länder nie in der Lage sein werden, ihre Schulden zurückzuzahlen.

Menschenrechte vor Schuldendienst, menschliche Bedürfnisse vor Profit. Wir fordern dringend europaweite Maßnahmen, die die Menschen vom Druck der Finanzmärkte und der Austeritätspolitik befreien. Haushalts-, Steuer- und Geldpolitik müssen geändert werden um der Schuldenfalle zu entkommen.

Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen

1. Sofortige Annullierung der „Memoranden", die überschuldeten Ländern von der Troika aufgezwungen wurden. Streichung eines erheblichen Teils der öffentlichen Schulden ohne Verletzung der berechtigten Interessen der Kleinanleger/-innen, Kleinsparer/-innen und Kleinrentner/-innen. Die Banken und der gesamte Finanzsektor müssen ihren Anteil an den Verlusten tragen. Die genaue Höhe der Schuldenstreichungen sollte in einem demokratischen Prozess ermittelt werden, dazu können Schuldenaudits als geeignetes Mittel dienen.

2. Aussetzung des Schuldendienstes, bis die Bevölkerungen vor steigender Armut und Arbeitslosigkeit geschützt sind, wirtschaftliche Entwicklung und ökologischer Umbau sichergestellt sind, der öffentliche Dienst gestärkt ist und soziale und ökonomische Rechte gewährleistet sind.

3. Beteiligung des reichsten Teils der Bevölkerung mit einer einmaligen Vermögensabgabe.

4. Verpflichtung der Europäischen Zentralbank und anderer öffentlicher europäischer Finanzinstitute zu direkter Staatsfinanzierung unter demokratischer Kontrolle, zu niedrigen Zinsen und ohne Zwang zu neoliberalen „Reformprogrammen".

II. Für ein ökologisches und soziales Europa: Kürzungsprogramme zurücknehmen

In ganz Europa, besonders in Ländern Süd- und Osteuropas, sind brutale Austeritätsmaßnahmen umgesetzt worden – vorgeblich um den Schuldendienst sicherzustellen und die Verschuldung zu verringern. Ganze Bevölkerungen sind überlastet, öffentliche Ausgaben wurden in wesentlichen Bereichen massiv gekürzt und sinnvolle Investitionen in Forschung und wirtschaftliche Aktivitäten verringert, obwohl diese Ausgaben zu einem sozialen und ökologischen Umbau beitragen könnten.

Diese von EU-Institutionen und europäischen Regierungen erzwungenen Austeritätsmaßnahmen erzeugen eine Abwärtsspirale, zerstören Volkswirtschaften, führen zu steigender Arbeitslosigkeit und Armut sowie zu steigenden Schulden und Defiziten und verschärfen die ökologische Krise und die Umweltzerstörung. Unterdessen kann sich eine kleine Minderheit maßlos bereichern.

Mehr als die Hälfte des europäischen Vermögens ist heute in Händen von zehn Prozent der Bevölkerung. Die gegenwärtige Politik ist so gestaltet, dass sie diese Ungerechtigkeit ebenso aufrechterhält wie das neoliberale Modell, das unseren Planeten zerstört und demokratische wie soziale Rechte untergräbt.

Wir fordern eine vollständige Abkehr von dieser Politik und ein Gesellschaftsmodell, das soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, eine gerechte Verteilung des Reichtums, ökologische Nachhaltigkeit und den Schutz der Gemeingüter sicherstellt.

Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen
1. Stopp der Austeritätspolitik, die Europa immer tiefer in die Rezession treibt. Aufhebung oder Ablehnung der Verträge und Regulierungen, die diese Politik festschreiben, dazu gehören der Fiskalpakt, der Sixpack, der Twopack und der zurzeit verhandelte Pakt für Wettbewerbsfähigkeit. Die Handelsungleichgewichte in der Eurozone müssen reduziert werden, indem die Politik der Überschussländer angepasst wird, und nicht, indem Defizitländern Austeritätsmaßnahmen auferlegt werden. Die Finanzpolitik muss Gegenstand demokratischer Entscheidungsprozesse bleiben.
2. Sicherstellung von Steuergerechtigkeit durch die Einführung einer gerechten, progressiven und dauerhaften Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinnen mit effektiven Mindestsätzen in allen europäischen Ländern. Die Erhöhung von Verbrauchssteuern wie der Mehrwertsteuer ist zurückzunehmen, bei Produkten des täglichen Bedarfs sind diese Steuern deutlich zu verringern. Steueroasen sind zu schließen, Maßnahmen gegen Betrug, Steuervermeidung und -hinterziehung sind zu verschärfen.
3. Entwicklung europaweiter öffentlicher Investitionsprogramme unter gesellschaftlicher Kontrolle zum sozialen und ökologischen Umbau. Dieser Umbau sollte auf einer Industrie- und Agrarpolitik basieren, die auf die ökologische Krise ebenso eingeht wie auf die Notwendigkeit, Millionen hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, und die sich auf ökologisch nachhaltige und gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten im öffentlichen Interesse stützt. Dazu gehören verstärkte Investitionen in Bildung, Energiewende, öffentliche Verkehrsmittel und Ernährungssouveränität. Gleichzeitig sind Rüstungsausgaben und ökologisch wie gesellschaftlich nachteilige Aktivitäten abzubauen. Die öffentlichen Haushalte der EU und der Staaten in Europa sind entsprechend umzustrukturieren.
4. Stärkung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen und ökologischen Gemeingüter, Neudefinition und Ausweitung des öffentlichen Dienstes, dazu gehören die Bereiche Gesundheitsversorgung, wissenschaftliche Forschung, Bildung, Kleinkinderbetreuung, Verkehr, Energie, Wasser, Information und Kultur, öffentliche Wohnungswirtschaft, Kreditwesen u. a. m. . Die Privatisierung dieser Bereiche ist zu stoppen, ihre kooperativen und öffentlichen Eigentumsstrukturen sind zu stärken und ihre demokratische Kontrolle ist zu regeln.

III. Rechte für alle: Nein zu Armut und Unsicherheit

Die Austeritätspolitik greift soziale und ökonomische Rechte an und zerstört die soziale Sicherheit. Sie führt in vielen Ländern zu einem Rückgang des Lebensstandards und zu akuten humanitären Notsituationen.
Massenarbeitslosigkeit und eine radikale Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sind die Folgen. Das wiederum führt zu einem inakzeptablen Anstieg der Armut: In der EU sind heute 120 Millionen Menschen arm.

In der gegenwärtigen Krise gehen die Maßnahmen dieser Politik sogar noch weiter: Die Rechte der Arbeitnehmer/-innen und die Funktion der Gewerkschaften werden geschwächt, einschließlich ihrer Organisationsfähigkeit und ihrer Tarifverhandlungsfähigkeit. Diese Politik macht Wettbewerbsfähigkeit zum Prinzip um die Bevölkerung zu spalten, Gewinne zu erhöhen, Löhne zu senken und die Natur ebenso wie menschliche Aktivitäten zur Ware zu machen. Freihandelsabkommen fördern den Wettbewerb um die niedrigsten sozialen, ökologischen und steuerrechtlichen Standards.

Unter prekären Bedingungen lebende Menschen, Arbeiter/-innen, Arbeitslose, Behinderte und Rentner/-innen sind am stärksten betroffen, unter ihnen wiederum in erster Linie Frauen, junge Menschen sowie Migrantinnen und Migranten. Frauen sind besonders betroffen von den Angriffen auf Arbeitsrechte und müssen die Zerstörung des öffentlichen Dienstes oft mit unbezahlter Pflegearbeit ausgleichen; Migrantinnen und Migranten werden grundlegende Rechte versagt und eine ganze Generation junger Menschen in Europa sieht sich mit einer noch nie da gewesenen Arbeitslosigkeit und einem massiven sozialen Abstieg konfrontiert.

Wir fordern, dass unabdingbare demokratische, ökonomische, ökologische und soziale Rechte für alle Menschen gelten.
Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen
1. Wiederherstellung des Rechts, Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe zu führen; Erhaltung oder Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge und der Rechte der Arbeitnehmer/-innen, die im Zuge der Austeritätspolitik eingeschränkt wurden. Garantierte Demokratie am Arbeitsplatz muss grundlegendes Recht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden, die ILO-Standards und die Europäische Sozialcharta sind uneingeschränkt einzuhalten, prekäre Arbeitsverhältnisse müssen beseitigt werden.
2. Sozial- und Lohndumping in Europa und weltweit muss beendet werden, zum Beispiel durch internationale Abkommen. In Europa ist eine gemeinsame Basis für allgemeine Garantien zu entwickeln, die ein hohes Niveau der sozialen Sicherungen und ökonomischen Rechte sicherstellen.
3. Löhne sind zu erhöhen, ein angemessener Mindestlohn für alle Arbeitnehmer/-innen ist per Gesetz oder Tarifvertrag in allen Staaten ebenso einzuführen wie ein Mindesteinkommen, das ausreichend ist um ein Leben in Würde zu ermög-

lichen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Sicherstellung einer gerechten Verteilung von unbezahlter sozialer Arbeit, Förderung hochwertiger und nachhaltiger Beschäftigungsverhältnisse für alle bei guten Arbeitsbedingungen, drastischer Abbau von Lohndifferenzen in einem Unternehmen.
4. Schutz des Eigentums verschuldeter Haushalte, Einführung des Rechts auf angemessenen Wohnraum, voller Zugang zu Gesundheitsvorsorge und hochwertiger medizinischer Versorgung.
5. Herstellung der Gleichheit von Frauen und Männern bei Löhnen, Renten und beruflicher Entwicklung sowie Verbot einer auf Geschlecht, ethnischer Herkunft, Staatsangehörigkeit oder sexueller Orientierung beruhenden Diskriminierung am Arbeitsplatz. Entschiedene Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.
6. Stärkung des Schutzes von Migrantinnen und Migranten auf sozialer und politischer Ebene. Die Kriminalisierung von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen ist zu beenden. Für Migrantinnen und Migranten haben die gleichen Rechte zu gelten. Das Asylrecht ist zu gewährleisten, Sammellager sind zu schließen, die EU-Agentur Frontex ist aufzulösen, ihre Tätigkeit an den Außengrenzen der EU ist einzustellen.

IV. Für eine demokratische Wirtschaftsordnung: Banken müssen dem Gemeinwohl dienen

Der Zusammenbruch des privaten Bankensystems im Jahr 2008 war kein Unfall, sondern eine direkte Folgeerscheinung eines Finanzsystems, das nur Anteilseignern und Spekulanten dient – zum Schaden des Gemeinwohls. In den vergangenen Jahrzehnten haben Regierungen dieses System gefördert und gestärkt, indem sie jeder Forderung der Finanzindustrie nachgekommen sind. Zahlreiche öffentliche oder kooperative Kreditinstitute, die sich der Finanzierung sinnvoller regionaler Aktivitäten gewidmet hatten, wurden privatisiert. Währenddessen hat das Fehlen einer effektiven Regulierung kriminellen Vereinigungen weltweit ermöglicht, ihr Geld zu waschen und ihre Profite frei zu investieren.

Regierungen reagierten auf die Krise, indem sie hunderte Milliarden Euro auf Kosten der Steuerzahler/-innen in die Rettung von Banken steckten, der Finanzindustrie bedingungslose Garantien gewährten und damit private Banken noch zusätzlich stärkten.

Damit der Bankensektor und die Finanzindustrie von nun an dem Gemeinwohl, der Gesellschaft und der Umwelt dienen, muss die unangemessene Macht der Finanzinstitute durch strenge Regulierung sowie öffentliche und demokratische Kontrolle von Banken beschränkt werden.

Unsere gemeinsamen dringlichen Forderungen
1. Die umfassenden öffentlichen Garantien für private Finanzinstitute sind zu überprüfen; im Fall einer Bankenpleite muss eine öffentliche Kontrolle greifen um negative Auswirkungen auf die Gesellschaft zu verhindern. Die Anteilseigner und Gläubiger von Banken müssen ihren Teil des Verlustes tragen. Banken, die mit öffentlichem Geld aufrechterhalten werden, sind zu vergesellschaften.
2. Banken und alle anderen Finanzinstitute sind einer effektiven und strengen Regulierung zu unterstellen, Investment- und Geschäftsbanken sind vollständig voneinander zu trennen. Steueroasen sind zu schließen und außerbilanzielle Aktivitäten zu unterbinden. Das Bankgeheimnis ist abzuschaffen. Eine Finanztransaktionssteuer ist ebenso einzuführen wie eine Kontrolle von Kapitalflüssen. Banken, die "to big to fail" sind, müssen in handhabbare Einheiten zerlegt werden.
3. Die demokratische Kontrolle von Banken und Finanzinstituten ist zu verstärken. Die Kreditvergabe muss sich auf Aktivitäten konzentrieren, die Arbeitsplätze schaffen und die soziale und ökologische Entwicklung stärken. Öffentliche und genossenschaftlich organisierte Institute genießen Vorrang und werden gefördert.

Aufstehen für Demokratie!

Die gegenwärtigen Entwicklungen in Europa zeitigen einen erheblichen Abbau der Demokratie. Die demokratische Debatte ist nahezu zum Erliegen gekommen, Repressionen gegen soziale Bewegungen nehmen zu und die Spaltung zwischen den Menschen und zwischen den Staaten wird stärker. Das vorhersehbare Ergebnis ist ein Aufstieg rassistischer, rechtsradikaler und faschistischer Bewegungen, da teilweise direkt gegen Migrantinnen und Migranten, Arme, Minderheiten, Ausländer/-innen und Menschen in anderen Teilen Europas Ressentiments geschürt werden. Der beste Weg, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist die Austeritätspolitik zu beenden.

Alternativen sind vorhanden: Es liegt in unserer Verantwortung, die Machtverhältnisse zu ändern mit dem Ziel, eine echte politische, soziale und ökonomische Demokratie in Europa zu errichten.

Weil wir eine selbsternannte europäische Oligarchie ablehnen,
weil wir die Ausbeutung von Mensch und Natur in Europa und der ganzen Welt ablehnen,
weil wir den Beitrag der EU zu Konflikten und Militarisierung ablehnen,
weil wir die Beendung der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen und die Abschaffung des Patriarchats fordern,
weil wir echte Demokratie, echte Teilhabe [und „popular sovereignty"] fordern,
weil wir eine Gesellschaft fordern, die soziale und ökologische Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt,
sind wir entschlossen, eine gemeinsame Bewegung für ein demokratisches, soziales, ökologisches und feministisches Europa zu schaffen!

Wir unterstützen und stärken einander in unseren jeweiligen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Wir wollen unsere Kräfte bündeln um gemeinsam für die Durchsetzung unserer Forderungen zu kämpfen und sie Wirklichkeit werden zu lassen – durch nationale und europaweite Aktionen.

Der Alter Summit am 7. und 8. Juni 2013 in Athen wird ein entscheidender Schritt in diese Richtung sein.

www.altersummit.eu Kontakt: info@altersummit.eu

Europa geht anders!

Demokratie und Soziale Sicherheit in Europa statt weiterer Sozialabbau durch „Wettbewerbspakt“!



Der Countdown läuft. *Der Europäische Rat plant Ende Juni 2013 einen Beschluss über einen Pakt für „Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“. Damit soll die Krisenpolitik der Europäischen Union in Griechenland, Spanien oder Portugal auf ganz Europa ausgedehnt werden. Die Politik der Europäischen Union ist erfolglos, sie führt zu Massenarbeitslosigkeit und steigenden Schulden. Statt das neoliberale Rezept zu ändern, wird die Dosis erhöht. Der sogenannte „Wettbewerbspakt“ ist nichts anderes als ein Pakt für Lohndumping, Sozialabbau und Privatisierung.*

Troika für Alle. *Alle Mitgliedsstaaten sollen verpflichtet werden, „Strukturreformen“ umzusetzen. Die desaströse Kürzungspolitik, wie sie in Griechenland, Spanien oder Portugal verordnet wurde, zeigt, was unter „Strukturreformen“ zu verstehen ist: Einschränkung sozialer Leistungen wie Pensionskürzungen, Zerschlagung der Branchenkollektivverträge und Privatisierung von Wasser, Bildung, Energieversorgung.*

Europa geht anders. *Wir lehnen diesen Plan der EU-Kommission entschieden ab. Wir fordern alle Menschen, die ein anderes Europa wollen, auf, Druck auf ihre Regierungen und Parlamente auszuüben, damit möglichst viele Regierungschefs beim kommenden Europäischen Rat dem Wettbewerbspakt eine Absage erteilen. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen!*

http://www.europa-geht-anders.eu/

AUFRUF

Europa kommt nicht aus der Krise. Die Menschen in Europa befinden sich in der Mitte eines verlorenen Jahrzehnts. Mit jedem Jahr seit Krisenbeginn verschlechtern sich die Nachrichten. Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union erreicht Rekordniveaus: 26 Millionen Menschen haben keinen Arbeitsplatz, rund 10 Millionen mehr als vor der Finanzkrise. Monat für Monat steigt die Zahl der Erwerbslosen um fast 200.000. In Spanien und Griechenland beträgt die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen bereits fast 60 Prozent. In den meisten Ländern sinken seit Jahren die Reallöhne. In Zahlen lässt sich das damit verbundene menschliche Elend nicht fassen: In Athen sind hunderttausende Menschen auf Suppenküchen angewiesen, in Spanien kommt es trotz leerstehender Wohnungen zu massenhaften Zwangsräumungen. Heizen können sich viele Menschen im Winter nicht mehr leisten. Das sind Verhältnisse, die in Europa als längst überwunden galten!

Die Krise, die Europa erfasst hat, kam nicht überraschend. Sie ist das Ergebnis einer neoliberalen Politik, die auf den Wettbewerb der Staaten, Marktgläubigkeit und eine weitgehend unregulierte Finanzindustrie setzte. Das Vertrauen auf die Überlegenheit der Märkte hat sich als kolossaler Irrtum erwiesen. Die kontinuierliche Umverteilung von unten nach oben hat in eine Sackgasse geführt. Angewachsen sind riesige Privatvermögen einerseits und (Einkommens-) Armut, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Ausbeutung und wachsende Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite.

Die wachsende Ungleichheit und ruinöse Sparpolitik beeinflussen auch die Geschlechterverhältnisse. Kürzungen und Abbau bei öffentlichen Leistungen und Einrichtungen wie Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Pflege, öffentlicher Verkehr oder Unterstützungen für Menschen mit wenig Einkommen treffen Frauen härter, weil sie ohnehin schon wirtschaftlich schlechter gestellt sind als Männer. Wird der Wohlfahrtsstaat zurückgedrängt, ist auch die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen betroffen. Der Abbau des Sozialstaates ist ein Rückschritt für Geschlechtergerechtigkeit und ein Abbau von Frauenrechten.

Die Reaktion der Europäischen Union auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine folgenschwere Kürzungspolitik. Ihre Inhalte lassen erkennen, wer sie formuliert: neoliberal orientierte Staats- und Regierungschefs, Think-Tanks, Medien, Unternehmerverbände, die Finanzindustrie, Teile der EZB und der EU-Kommission. Öffentliche Ausgaben werden eingeschränkt, Privatisierungen vorangetrieben, eine Politik der eingefrorenen Löhne und Lohnsenkungen forciert, ArbeitnehmerInnenschutz wird aufgeweicht, Entlassungen und Betriebsschließungen stehen auf dem Plan. Die Sozialleistungen werden in ganz Europa abgebaut und ausgehöhlt. In dem so entstandenen Klima der Angst um den Arbeitsplatz, um ein gesichertes Einkommen letztlich auch um die nackte Existenz, werden die Beschäftigten, PensionistenInnen und sozial Benachteiligten innerhalb eines Landes und zwischen unterschiedlichen Ländern gegeneinander ausgespielt.

Nicht Teil dieser ‚Reformen' sind allerdings die Besteuerung von Vermögen, von hohen Einkommen und Unternehmensgewinnen. So steigt die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung und eine der zentralen Krisenursachen nimmt damit weiter zu.
Trotzdem wird diese ungerechte und schädliche Kürzungspolitik noch weiter verschärft und soll weiter verschärft werden und verpflichtend auf alle Mitgliedsstaaten ausgeweitet werden.
Teilweise ist dies schon gelungen: Mit einem Paket aus mehreren EU-Rechtsakten und Verträgen wurden die Mit--

gliedsländer zu drastischen Einschnitten verpflichtet. Die EU-Kommission kann Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten erlassen, wenn die von nationalen Parlamenten beschlossene Wirtschaftspolitik nicht den Vorgaben der Kommission entspricht und „strukturelle Budgetdefizite“ nach Kommissionsauffassung auftreten. Weil das demokratisch kaum durchzusetzen wäre, sind die dafür ordnungsgemäß vorgesehenen Verfahren umgangen worden und das Europäische Parlament hat in diesen neuen Verfahren nur Anhörungs- aber keine Mitentscheidungsrechte.

Obwohl diese ‚Krisenpolitik’ die Krise in Europa verschärft und Europa in eine Rezession geführt hat, sollen diese Maßnahmen und Instrumente noch vertieft werden. Geht es nach Angela Merkel mitsamt den neoliberalen Entscheidungsträgern und der EU-Kommission, sollen beim Gipfel des Europäischen Rates im Juni 2013 Beschlüsse gefasst werden, nach denen sich alle Mitgliedsstaaten in bindenden „Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit“ zu “Strukturreformen“ verpflichten. Damit sind beispielsweise Lohn- und Renten bzw. Pensionskürzungen, längere Arbeitszeiten, Privatisierungen, Kürzungen im Bildungswesen und Gesundheitssystem gemeint. Diesmal soll es sogar egal sein, ob Budgetdefizite bestehen oder nicht – wer mitmacht, muss die „Strukturreformen“ auch dann umsetzen, wenn das nationale Budget ausgeglichen ist.

Mit Zuckerbrot und Peitsche soll der Widerstand der Menschen überwunden werden:
1. für eine zeitgerechte Umsetzung der „Strukturreformen“ soll den Mitgliedsländern nach derzeitigen Plänen finanzielle Förderungen gewährt werden,
2. wenn die Parlamente die Anordnungen des „Reformbündnisses“ jedoch nicht umsetzen, drohen Verwarnungen und letztlich Sanktionen in Form von Geldbußen.

Wir sprechen uns gegen die Pläne für dieses, sogenannte EU-„Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ aus. Die bisherige Austeritätspolitik muss endlich beendet werden. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen! Und das heißt:

- eine europäische Umverteilung des Reichtums durch faire Einkommen und höhere Gewinn- und Vermögensbesteuerung
- Beendigung der Lohnsenkungspirale und damit Abbau der riesigen Ungleichgewichte (enorme Leistungsbilanzüberschüsse bzw. weniger Länder auf Kosten von -defiziten anderer Landes) zwischen den Ländern innerhalb der Währungsunion
- Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte, ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen und Gewerkschaftsrechte
- Wiederregulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte,
- Umfassende Demokratisierung der europäischen (Wirtschafts-)Politik
- Vereinbarungen zur Verringerung der Erwerbsarbeitslosigkeit in allen EU-Staaten
- ein europäisches Investitionsprogramm zum Ausbau der Infrastruktur und zum ökologischen Umbau sowie eine – schrittweise zu entwickelnde – europäische Sozialunion

Eine Vertiefung der Europäischen Union muss eine Stärkung der Demokratie und das Wohlergehen aller Menschen in Europa zur Voraussetzung haben.

http://www.europa-geht-anders.eu/erstunterzeichner_innen

Attac Österreich

Was ist der Wettbewerbspakt?

Die Eliten in der EU behaupten, neben Schulden müssten Löhne und Kosten für unsere Sozialsysteme radikal gekürzt werden um die Krise zu bewältigen. Daher sollen alle Eurozonen-Länder mit der EU-Kommission einen Pakt über ihre Wirtschafts- und Budgetpolitik abschließen. Dieser Wettbewerbspakt hat zum Ziel, die katastrophale EU-Kürzungspolitik auf die gesamte Eurozone auszudehnen und unumkehrbar zu machen. Im Interesse von Banken und Konzernen werden die Rechte der demokratisch gewählten Parlamente massiv beschnitten. Länder, die besonders radikale Kürzungen – z. B. bei den Löhnen – durchführen, sollen belohnt werden.
Die Folgen dieser Politik sehen wir täglich in Griechenland, Spanien und Portugal. Das Ziel des Wettbewerbspaktes ist also die „Troika für Alle“. Und das bedeutet: Kürzen für immer!

Der Wettbewerbspakt ermöglicht:
>> **Massenarbeitslosigkeit und Abbau von Arbeitsrechten:**
Arbeitsrechte, Kollektivverträge und Löhne fallen den „Strukturreformen“ als erstes zum Opfer! Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone wird weiter steigen. Prekäre und unsichere Arbeitsverhältnisse werden drastisch zunehmen. Das Pensionsantrittsalter wird erhöht.
>> **das Ende des Sozialstaats:**
Pensionen werden gekürzt und Sicherungssysteme weiter abgebaut. In Südeuropa sehen wir, was das heißt: steigende Armut und Obdachlosigkeit, ungenügende Gesundheitsversorgung, kalte Wohnungen im Winter…
>> **Privatisierung und Ausverkauf von öffentlichen Gütern**:
Schon jetzt fordert die Troika in Griechenland, Spanien oder Portugal Privatsierungen. Wasser, Gesundheit, Verkehr, Bildung – alle Bereiche werden betroffen sein.
>> **Umweltzerstörung:**
Umweltstandards kommen im verschärften Wettbewerb weiter unter Druck. Ökologische Vielfalt und Nachhaltigkeit werden der Profitlogik geopfert.
>> **Demokratieabbau:**
Mit dem Wettbewerbspakt soll auch bei Änderungen von politischen Mehrheiten in einem Land kein Ende der Kürzungspolitik mehr möglich sein. Der Wettbewerbspakt hebelt somit die Demokratie weiter aus.
>> **Geschlechterungerechtigkeit:**
Gerade Frauen sind von Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich massiv betroffen. Einerseits, weil viele von ihnen dort ohnehin schon zu geringen Löhnen arbeiten; andererseits ermöglichen ihnen erst öffentliche Kindergärten oder leistbare Öffis (öffentliche Verkehrsmittel) beruflich tätig zu sein. Der Wettbewerbspakt ist daher auch ein Anti-Gleichstellungspakt.

Unterzeichnen sie den Aufruf!
Werden Sie aktiv!
http://www.attac.at/kampagnen/stopp-wettbewerbspakt.html

Hintergrundinformationen zur Vertiefung
http://www.attac.at/kampagnen/stopp-wettbewerbspakt/wirtschafts-und-waehrungsunion.html
Materialien zum Download.
http://www.attac.at/kampagnen/stopp-wettbewerbspakt/wettbewerbspakt.html

Karl-Heinz Roth und andere

Aufruf für ein egalitäres Europa

Mai 2013
Das Europa von heute wird durch Massenerwerbslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, soziale Enteignung und den fortschreitenden Abbau demokratischer Rechte verdüstert. Seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise haben sich diese Tendenzen verstärkt. Sie sind durch die Austeritätsprogramme nochmals verschärft worden und haben die Ungleichgewichte zwischen der Kernzone und den Peripherieländern weiter vergrößert. Die Euro-Zone und die Europäische Union drohen inzwischen auseinanderzubrechen.

Was ist geschehen?

Die Ursachen dieser Misere reichen teilweise bis in die frühen 1970er Jahre zurück. Als die US-Administration zwischen 1971 und **1973** die Goldeinlösungspflicht des US-Dollars aufhob und das **System von Bretton Woods liquidierte**, löste sie weltweit eine „Große Inflation" aus. Dieser Entwicklung wollten sich die Leitungsgremien der Europäischen Gemeinschaft entziehen. Sie führten einen Wechselkursverbund ein und erweiterten ihn **1979** zu einem **„Europäischen Währungssystem"**, wobei die D-Mark als faktische Leitwährung fungierte. Durch die Einführung fest aufeinander bezogener Wechselkurse sollte der auf dem deutsch-französischen Bündnis begründete europäische Integrationsprozess stabilisiert und eine währungspolitische Gegenposition zur globalen Hegemonialmacht USA aufgebaut werden.
Für diese strategischen Festlegungen mussten die unteren Klassen und Schichten der Mitgliedsländer einen hohen Preis zahlen. Da das neue Wechselkursregime nicht mit Aktivitäten zur Standardisierung der Arbeitsbedingungen, zur Harmonisierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik und zum Umbau des politischen Systems in Richtung einer europäischen Föderation einherging, kam es zu gravierenden sozialen und regionalen **Fehlentwicklungen**. Die Zahlungsbilanzen gerieten aus dem Gleichgewicht. Die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft waren jedoch nur noch begrenzt in der Lage, ihre wechselseitigen Defizite und Überschüsse durch währungspolitische Maßnahmen auszugleichen. Infolgedessen gingen die wettbewerbsschwächeren Länder zu restriktiven sozial- und fiskalpolitischen Maßnahmen über. Die Ära des sozialen Keynesianismus wurde durch eine **marktradikale Strategie der Lohnsenkungen, des Sozialabbaus und der Privatisierung** der öffentlichen Güter abgelöst.
Nach dem Anschluss der DDR an die westdeutsche Bundesrepublik stieg **Deutschland** zur dominierenden europäischen Wirtschaftsnation auf. Ihre Herrschaftseliten unterliefen seither alle Initiativen der europäischen Partnerländer zur Wiederherstellung der Balance. Die Konvergenzkriterien des **Maastricht-Vertrags** zwangen alle Mitgliedsländer zu einer rigiden Budget- und Zinspolitik. Die im Jahr **1998** gegründete **Europäische Zentralbank** orientierte sich vollständig an der Deutschen Bundesbank und wurde wie diese zu einer restriktiven Geldmengen- und Preispolitik verpflichtet. Die kurze Zeit später eingeführte Einheitswährung machte die Europäische Union vollends zu einem Hartwährungsregime, das den wettbewerbsstarken Nationalökonomien der europäischen Kernzone extreme Vorteile zu Lasten der Peripherieländer verschaffte. Unter diesen Rahmenbedingungen radikalisierte vor allem Deutschland seine schon seit den 1950er Jahren praktizierte neo-merkantilistische Orientierung. Es ging zu einer exportgetriebenen Niedriglohnpolitik über. Dem daraus resultierenden **Export-preis-Dumping** hatten vor allem die Peripherieländer der Europäischen Union nichts entgegenzusetzen. Der Neo-Merkantilismus der um Deutschland gruppierten Kernländer führte zur Herausbildung struktureller Ungleichgewichte, die durch die restriktiven Rahmenbedingungen der EU-Verträge verstetigt wurden.

Durch die **Weltwirtschaftskrise** wurde diese Schieflage schonungslos offengelegt. Die **Peripherieländer** gerieten in eine schwere Depression, die bis heute anhält. In der **Kernzone** kam es dagegen zu einem kurzfristigen Stabilisierungsprozess, der inzwischen ebenfalls in eine Stagnation umgeschlagen ist. Auf diese negative makroökonomische Entwicklung reagierten die von Deutschland dominierten EU-Leitungsgremien mit krisenverschärfenden Maßnahmen. Sie intensivierten ihre Restriktionspolitik und zwangen den Peripherieländern zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds („**Troika**") Austeritätsprogramme auf, die zum weiteren Anstieg der Massenerwerbslosigkeit, zu drastischen Verelendungsprozessen und zur Demoralisierung breiter Gesellschaftsschichten geführt haben. Die parallel zu den **Spardiktaten** gestarteten Stabilisierungsmaßnahmen (Europäischer Stabilitäts-Mechanismus usw.) haben hingegen die Funktion, die Ausbeutung der subalternen Klassen zugunsten der öffentlichen und privaten Gläubiger zu verstetigen. Durch eine einseitige **Medienpropaganda** werden die Symptome der Krise – insbesondere der Anstieg der Staatsschulden – zu Krisenursachen umgedeutet, um den radikalisierten Prozess der Umverteilung von unten nach oben zu rechtfertigen.

Wie konnte es geschehen?

Es stellt sich die Frage, wie es zu dieser katastrophalen Entwicklung kommen konnte. Wir sehen dafür im Wesentlichen **zwei Erklärungsansätze.** Der erste besagt, dass der in den Ländern der Kernzone praktizierte Vorrang der exportorientierten und niedrigentlohnten neo-merkantilistischen Politik mit dem gleichzeitigen Aufstieg Europas zur imperialistischen Supermacht begründet wurde. Dabei war vor allem das strategische Zeitfenster von 1990/91 von entscheidender Bedeutung. Im Jahr 1990 kam es zum Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland. Dieses Ereignis stand noch stärker als die zeitgleichen Umbrüche in den **ostmittel- und südosteuropäischen Ländern** für den Untergang der Sowjetunion und des Blocks der RGW-Staaten. Bei dem sofortigen Vorstoß in das Machtvakuum spielten die Gremien der Europäischen Gemeinschaft zunächst nur eine Statistenrolle; die sofort einsetzenden marktradikalen „Schocktherapien" wurden vor allem unter dem Einfluss der USA und Großbritanniens vorangetrieben. Danach aber kamen die EU-Leitungsgremien zum Zug: Im Gefolge der nun einsetzenden Ost-expansion brachten die führenden Finanzkonzerne und Großunternehmen der europäischen Kernzone das Terrain unter ihre Kontrolle.
Diese Entwicklung wiederholte sich im Verlauf der 1990er Jahre auf dem **Balkan**. In der Jugoslawischen Föderation hatten die durch die Weltwirtschaftskrise von 1973 bis 1982 extrem gesteigerten Ungleichgewichte zu massiven sozialen und politischen Konflikten geführt, die mehr und mehr in ethnopolitische Sezessionsbewegungen und schließlich in einen grausamen Bürgerkrieg umschlugen. Dabei ergriffen Deutschland und Österreich die Partei der Sezessionisten und brachten alsbald auch die EU-Gremien hinter sich. Statt die dramatische Entwicklung durch neutrale Hilfsprogramme zu entschärfen, gossen sie Öl ins Feuer. Der anschließende NATO-Angriff auf Jugoslawien vom März 1990 beendete die europäische Nachkriegsphase und hinterließ eine Reihe ethnisch „gesäuberter" Kleinstaaten. Nun konnte **auch Südosteuropa** in den Radius der Europäischen Union einbezogen werden. **EU-Europa avancierte zu einer Supermacht** mit „wandernden Grenzen", die im Verlauf der 1990er Jahre immer

stärker überwacht und abgedichtet wurden (Schengener Grenzregime), um Flüchtlinge und unerwünschte ArbeitsmigrantInnen auf Distanz zu halten.

Der zweite Erklärungsansatz bezieht sich auf **Umbrüche innerhalb der institutionell-politischen Ebene**, die den Übergang der EU-Mitgliedsländer zur deflationären Niedriglohnpolitik, zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme und zur Unterwerfung der öffentlichen Güter unter die Verfügungsgewalt der Kapitalvermögensbesitzer bewirkt haben. Diese Entwicklung war letztlich nur deshalb möglich, weil sie auch von einem Parteienspektrum getragen wurde, das früher einmal zur Linken gehört hatte. Wichtige Strömungen der institutionellen Linken – die **Sozialdemokratie**, die **Eurokommunisten** und die **Grünen** Parteien – waren dabei involviert. Zuerst vollzogen die sozialdemokratischen Parteien Südeuropas den Kurswechsel vom sozialen Keynesianismus zu den Doktrinen einer marktradikalen Gesellschaftsformierung. Danach distanzierten sich die südeuropäischen Eurokommunisten von den Arbeiterkämpfen und Sozialbewegungen dieser Jahre und unterstützten die austeritätspolitische Konsolidierung ihrer jeweiligen Nationalökonomien. Ein knappes Jahrzehnt später vollzogen auch die aus den neuen Sozialbewegungen hervorgegangenen Grünen Parteien diese Kehrtwende. Zu Beginn des neuen Millenniums folgten schließlich auch die sozialdemokratischen Parteien der Kernzone – insbesondere die deutsche Sozialdemokratie und die dem Kurs Margaret Thatchers verpflichtete britische Labour Party – der neuen Generallinie des europäischen Wegs zur kapitalistischen Restrukturierung.
Diese marktradikale Restauration hatte verheerende soziale und politische Folgen. Da sie von der institutionellen Linken mitgetragen wurde, fügte sie dem gesellschaftskritischen Spektrum der europäischen Gesellschaften schwerwiegende Schäden zu, von denen es sich erst jetzt wieder zu erholen beginnt.
Sie hatte zweitens zur Konsequenz, dass zwei Drittel der Gesellschaften der EU-Mitgliedsländer ihre politische Repräsentation innerhalb der indirekten Demokratie verloren; die repräsentativ-parlamentarischen Strukturen haben mitsamt ihren politischen Klassen ihre sozialen Legitimationsgrundlagen weitgehend eingebüßt.
Drittens wurde es den konservativen Flügeln der herrschenden Eliten ermöglicht, sich als die „moderatere" Variante des Herrschaftssystems zu präsentieren, da die ökonomische Restauration wesentlich vom ehemals linken Parteienspektrum mitgetragen wurde. Sie banden Teile der unteren Klassen durch populistische Inszenierungen an sich, soweit diese nicht gleich zu den hy-pernationalistisch-faschistischen Organisationen überliefen und ihnen einen teilweise beträchtlichen Massenanhang verschafften.
Seither ist es innerhalb der politischen Institutionen schwierig geworden, auch nur annähernd plausibel zwischen „Links" und „Rechts" zu unterscheiden.

Was können wir tun?

Aufgrund der dramatischen Auswirkungen der Austeritätsprogramme auf die politischen Institutionen ist die **Frage nach tragfähigen Alternativen** dringlich geworden. Zunächst ein kurzer **Blick auf die Alternativdebatten**, die seit der Durchsetzung der Austeritätsprogramme vor allem in den Peripherieländern der Euro-Zone stattgefunden haben. Dabei wurden vor allem **drei Konzepte** erörtert:
- Erstens der alleinige Austritt der jeweiligen Nationalökonomie (Griechenland, Italien usw.) aus der Euro-Zone und der Europäischen Union, die Wiedereinführung der Nationalwährung, die Verstaatlichung der Banken und die Inangriffnahme eines nationalen Wideraufbauprogramms.
- Zweitens der Stopp der Austeritätsprogramme, die Verkündung eines Schuldenmoratoriums, die Verstaatlichung des Finanzsektors und die Aufnahme von Verhandlungen über einen weitreichenden Schuldenschnitt ohne gleichzeitigen Austritt aus der Euro-Zone. Dieses Konzept wird vor allem von der griechischen Koalition der radikalen Linken (Syriza) vertreten.
- Drittens der gemeinsame Austritt der mediterranen Mitgliedsländer der Euro-Zone, die Einführung einer neuen Blockwährung und der Ausbau der Süd-Zone in eine politisch fundierte Wirtschaftsunion.

Bei allen drei Vorschlägen bestehen unseres Erachtens gravierende **Nachteile** und erhebliche **Gefahren**.
Ein alleiniger Austritt aus der Euro-Zone wäre eine „Schocktherapie von links": Er würde aufgrund der internationalen Isolierung innerhalb kürzester Zeit zum ökonomischen Kollaps, zu Hungerkatastrophen und zum Rückfall in die Gruppe der Entwicklungsländer führen.
Das Syriza-Konzept erscheint uns hingegen unrealistisch: Eine einzelne periphere Nationalökonomie vermag sich nicht gegen ein durch die Kernzone gedecktes Diktat der EU-Gremien durchzusetzen. Der Gang nach Canossa wäre unvermeidlich.
Aber auch ein mediterraner EU-Block verfügt nach unserer Einschätzung nicht über das erforderliche ökonomisch-politische Potenzial, um sich mittelfristig gegen die internationale Isolierung und Konkurrenz zu behaupten.

Bezeichnenderweise gibt es derartige Optionen zur Krisenüberwindung auch in den Ländern der Kernzone. Sie werden dort aber von den nationalkonservativen Flügeln des Establishments vertreten. Die damit verfolgten Absichten sind konträr, aber die vorgeschlagenen währungspolitischen Maßnahmen sind spiegelbildlich.

Wie könnte im Gegensatz dazu eine glaubwürdige Perspektive aussehen?
Sie sollte unseres Erachtens **vier entscheidenden Anforderungen genügen.**
- Sie sollte sich erstens am sozialen Massenwiderstand gegen die Übertragung der Krisenkosten auf die unteren Klassen orientieren, wie er sich in den letzten Jahren in vielen EU-Ländern entwickelt und konsolidiert hat.
- Sie sollte zweitens den materiellen Interessen aller Schichten der subalternen Klassen – arbeitende Klassen und untere Mittelschichten – gerecht werden.
- Sie sollte drittens entscheidende Umwälzungen für alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens vorschlagen und mit Überlegungen zu einer föderativen Demokratisierung Europas verbinden.
- Und sie sollte viertens Verknüpfungen zu den weltweiten Sozialbewegungen herstellen, um die Ära der euro-zentristischen Machtpolitik zu beenden.

Nur wenn diese vier Kriterien erfüllt sind, werden wir zu einer glaubwürdigen Alternative gelangen, welche die Blockaden des sozialen Widerstands aufhebt und eine radikale Kehrtwende in Gang bringt.

Im Folgenden skizzieren wir die **Eckdaten eines möglichen Aktionsprogramms**, das von den defensiven Zielstellungen des sozialen Massenwiderstands ausgeht, also den Stopp der Austeritätsprogramme, ein Schuldenmoratorium und erste Hilfsaktionen zur Behebung der grassierenden Massenverarmung voraussetzt.

(1) Maßnahmen zur Überwindung der binneneuropäischen Ungleichgewichte und der Euro-Krise: Sie setzen die grundlegende Demokratisierung und Umwandlung aller beteiligten Institutionen in loyale Instrumente der entstehenden Europäischen Föderation voraus, sodass ihre Operationen der Einflussnahme durch die Akteure des finanzialisierten Kapitalismus entzogen sind: Überführung aller öffentlichen und privaten Schulden oberhalb einer zu definierenden Verschuldungsquote in einen europäischen Tilgungsfonds zur Durchsetzung eines weit reichenden Schuldenschnitts zu Lasten der Gläubiger. Ausgabe einheitlicher Eurobonds. Umwandlung des Europäischen Stabilitäts-Mechanismus in ein föderatives Clearingsystem, in das Länder erhebliche Teile ihrer Zahlungsbilanzüberschüsse abführen. Nach der Umsetzung dieser Akutmaßnahmen werden die strukturellen binneneuropäischen Ungleichgewichte durch die im Folgenden skizzierten Eckdaten verschwinden, ohne dass zusätzliche Eingriffe erforderlich werden. Auch das derzeit so heiß umstrittene Problem der europäischen

Einheitswährung verliert dadurch seine Bedeutung, weil diese zu einem reinen Verrechnungs- und Zahlungsmittel zurückgestutzt wird.

(2) Standardisierung der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Arbeitsentgelte auf europäischer Ebene: Entschleunigung des Arbeitstempos und der Arbeitsrhythmen. Radikale Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Zurücknahme der Spreizung der Lohn- und Gehaltsschere auf Proportionen von 1:10 und später 1:5 bei gleichzeitiger Anhebung der Mindestlöhne und dem Übergang zu linearen Lohnerhöhungen.

(3) Wiederherstellung der sozialen Sicherheit und Würde: Europaweite Durchsetzung einer allgemeinen Krankenversicherung, Aufstockung der Sozialhilfesätze und Altersrenten als erste Teilschritte. Davon ausgehend Entwicklung eines Systems der allgemeinen sozialen Grundsicherung, das in die kommunalen und regionalen Selbstverwaltungen integriert wird.

(4) Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten: Markante Anhebung der Kapitalsteuern, europaweite Wiedereinführung der Vermögensteuern, progressive Besteuerung der Erbschaften und Überführung millionenschwerer Erbschaften in kommunale Kultur- und Sozialfonds, markante Anhebung des oberen Drittels der Einkommensteuern und dauerhafte Etablierung einer Transaktionssteuer, die auf allen Kapitalmärkten erhoben wird.

(5) **Verhinderung der Kapitalflucht und Sozialisierung der Investitionen:** Einführung von Kapitalverkehrskontrollen in der ersten Umbruchsphase, Vergesellschaftung aller strategischen Schlüsselsektoren – Großbanken, Medienkonzerne, gesamtwirtschaftliche Schlüsselbereiche wie Informations- und Kommunikationstechnologie, Energieversorgung und Transportwesen – sowie aller multinational operierenden Unternehmen des Exportsektors. Anschließende Dezentralisierung und Regionalisierung der gesamten Wirtschaft zur Übernahme in gesellschaftliche Selbstverwaltung insbesondere auf kommunaler Ebene.

(6) Wiederaneignung der öffentlichen Güter: Vergesellschaftung aller Infrastruktur- und Versorgungsbetriebe auf der Ebene der Kommunen und Kommunalverbände, Kommunalisierung des Gesundheitsversorgung, der Krankenhäuser und des Bildungswesens. Vergesellschaftung des Internet, der digitalen Medien und aller wissenschaftlich-technischen Innovationen.

(7) Gleichheit der Geschlechter: Die in den vergangenen Jahrzehnten errungenen Erfolge der neuen Frauenbewegung sind seit Krisenbeginn durch die Zunahme männlicher Aggressivität, sexueller Ausbeutung und innerfamiliärer Gewalt bedroht. Entschiedene Maßnahmen sind deshalb geboten. Wir schlagen vor, diese zunächst auf die materielle und damit auch soziale Aufwertung jener Berufsfelder zu konzentrieren, in denen nach wie vor überwiegend Frauen tätig sind (unbezahlte und unterbezahlte Reproduktionsarbeit). Davon ausgehend sollte die Gleichstellung der Frauen auf allen Ebenen des sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens durchgesetzt und unumkehrbar gemacht werden.

(8) Intensivierung der Umweltpolitik: Ersetzung der gescheiterten marktliberalen Regulierungsversuche (Emissionshandel usw.) durch die Einbeziehung aller ökologischen Folgekosten der Verwertung von Naturressourcen in die betriebs- und gesamtwirtschaftliche Kostenrechnung. Zusätzlich Beschleunigung des ökologischen Umbaus aller Produktions- und Reproduktionsprozesse, insbesondere in Landwirtschaft und Tierhaltung. Reduktion des Transportvolumens und Energieverbrauchs durch Entschleunigung und Regionalisierung.

(9) Liquidierung des Schengener Grenzregimes: Das Schengener Grenzregime ist unverzüglich zu liquidieren, seine paramilitärische Infrastruktur („Frontex") und seine Datenbanksysteme sind aufzulösen. Parallel dazu sollten auch alle damit zusammenhängenden innereuropäischen Institutionen zur Diskriminierung und Abschreckung von Flüchtlings- und Migrationsbewegungen (Internierungslager, Beschränkung der Freizügigkeit usw.) aufgegeben werden.

Selbstverständlich benötigen die Eckpfeiler dieses Aktionsprogramms eine **verbindende Klammer auf dem politischen Feld**: Erst eine neue politische Verfassung vermittelt ihm die erforderliche Kohärenz. Dabei kommt unseres Erachtens nur ein **post-nationalstaatlicher Ansatz** in Frage. Er kann nicht aus den Strukturen der Europäischen Union entwickelt werden, weil diese eine hierarchisch koordinierte Gruppe von Nationalstaaten darstellt und über keine ausreichende gesellschaftliche Legitimation verfügt. Unser Modell orientiert sich dagegen an den **Prinzipien der direkten Demokratie**, welche die Defizite des parlamentarischen Parteiensystems überwindet und den Normen der universellen und sozialen Existenz- und Menschenrechte verpflichtet ist. Darüber hinaus muss dieses Modell der enormen, historisch gewachsenen kulturellen Vielfalt des alten Kontinents Rechnung tragen.
Wir schlagen deshalb das Projekt einer Föderativen Republik Europa vor, in die sich die bisherigen Mitgliedsstaaten auflösen. Sie wird basisdemokratisch verfasst sein und deshalb von unten nach oben aufgebaut werden. Dabei wären vier miteinander vernetzte Funktionsebenen zu unterscheiden: Kommunen und Kommunalverbände, Kantone, Regionen – Balkan, Ostmitteleuropa, Mittelmeerregion usw. – und die Föderation selbst. Auf diese vier Ebenen werden die öffentlichen Revenuen entsprechend ihrer Gewichtung verteilt. Dabei wäre die vorrangige Zuweisung der Ressourcen in die für die demokratische Selbstverwaltung besonders wichtigen unteren Funktionsebenen zu garantieren und zugleich sicherzustellen, dass die Föderation dauerhaft auf die Insignien klassisch imperialistischer und nationalstaatlicher Macht – Armee, militärisch-industrieller Komplex, aggressive Außenpolitik usw. – verzichten muss. Darüber hinaus sollte in der Föderationsverfassung ein generelles Abrüstungs- und Friedensgebot verankern werden.

Dieses Aktionsprogramm hat nur dann eine Chance, wenn es in die konkreten Lernprozesse des sozialen Widerstands sowie der sich entfaltenden Sektoren der alternativen Ökonomie eingeht und anhand der dort gemachten Erfahrungen fortlaufend korrigiert und weiter entwickelt wird. Dazu sind gesellschaftliche Initiativen erforderlich, die sich nicht an den politischen Parteien orientieren und auf jeglichen Avantgarde-Anspruch verzichten. Es sollte sich vielmehr um ein **Netzwerk selbstbestimmt und selbstverantwortlich handelnder Initiativen handeln**, die sich auf das Aktionsprogramm beziehen und in allen Regionen Europas eine Assoziation Egalitäres Europa begründen. Wir rufen die AktivistInnen des sozialen Widerstands, die ProtagonistInnen der Alternativökonomie, die linksoppositionellen Strömungen der Gewerkschaften und Parteien sowie die kritisch engagierten Intellektuellen Europas auf, diese Initiative mit Rat und Tat zu unterstützen.

Das europäische Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands

Diese Vorschläge sind weder singulär noch geschichtslos. Sie können sich vielmehr auf die programmatischen Erklärungen mehrerer linkssozialistischer Widerstandsgruppen beziehen, die zu Beginn der 1940er Jahre mit den zerstörerischen Normensystemen des Nationalstaats brachen und sich für eine Föderative Republik Europa aussprachen. Selbstverständlich können wir nicht bruchlos an ihren Visionen anknüpfen – dafür hat sich die Welt und hat sich Europa in den vergangenen 70 Jahren zu sehr verändert. Aber wir können mit Sicherheit davon ausgehen, dass das Europa von heute mit seinen Verelendungsprozessen und autoritären Strukturen das krasse Gegenteil dessen darstellt, wofür diese Widerstandsgruppen seinerzeit den Kampf gegen den Faschismus und das deutsch beherrschte Europa aufgenommen hatten. Wir werden an diesem Vermächtnis anknüpfen und versuchen, es mit neuem Leben zu füllen.
http://www.sozialkonflikt.de/texte/aufruf_egalitaeres_europa.html

Daniel Albarracín, Nacho Álvarez, Bibiana Medialdea (Spanien)
Francisco Louçã, Mariana Mortagua (Portugal), Michel Husson (Frankreich)
Stavros Tombazos (Zypern) Giorgos Galanis, Özlem Onaran (Großbritannien)

Schulden und Euro: Was tun?

Vorschläge für eine linke Regierung

Die Krise

Unter der Last der Kürzungspolitik, der Rezession und der Strategie der „Strukturreformen“ wird Europa in die Krise und in einen sozialen Rückschritt gezogen. Dieser Druck wird auf europäischer Ebene unter der Leitung der deutschen Regierung, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission straff koordiniert. Es gibt einen breiten Konsens darüber, dass diese politischen Maßnahmen absurd sind – dass sie sogar von „Analphabeten“ durchgeführt werden –: Haushaltskürzungen vermindern nicht die Belastung durch Schulden, sie verursachen einen rezessiven Teufelskreis und steigende Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus säen sie Verzweiflung unter den Menschen in Europa.
Dennoch ist eine solche Politik von Standpunkt der Bourgeoisie betrachtet durchaus rational. Sie ist ein brutales Mittel – eine Schock-Therapie zur Wiederherstellung der Profite, um finanzielle Einkommen zu garantieren, und um die neoliberalen Gegenreformen umzusetzen. Im Grunde erleben wir, wie die Staaten dem Finanzsektor das Vorrecht – das Ziehungsrecht – auf den erzeugten Reichtum einräumen. Deswegen nimmt die Krise die Form einer Schuldenkrise an.

Ein falsches Dilemma

Diese Krise hat gezeigt, dass dieses neoliberale Projekt in Europa nicht tragfähig ist. Die europäischen Staaten sind wirtschaftlich nicht so homogen, wie einst gemutmaßt wurde. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern nahmen infolge ihrer jeweiligen Stellung auf dem Weltmarkt und ihrer Empfindlichkeit gegenüber den Ausschlägen des Eurokurses zu. Inflationsraten näherten sich nicht an, und die schwachen, realen Zinssätze haben Finanzblasen und Immobilienblasen begünstigt sowie den Kapitalfluss zwischen den Ländern verstärkt. All diese Widersprüche, die durch die Gründung der Währungsunion verschärft wurden, gab es schon vor der Krise. Durch spekulative Attacken gegen die Staatsverschuldung der am wenigsten geschützten Länder sind diese Widersprüche aber explodiert.

Progressive Alternativen zu dieser Krise erfordern eine Neugründung Europas: Kooperation ist notwendig sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene, für die Restrukturierung der Industrie, für ökologische Nachhaltigkeit und für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.
Da aber eine globale Neugründung angesichts des derzeitigen Kräfteverhältnisses utopisch erscheint, stellt sich der Ausstieg aus den Euro für einige Länder als eine unmittelbare Lösung dar. Das Dilemma scheint also klar: riskanter Ausstieg aus der Euro-Zone oder hypothetische europäische Harmonisierung, die aus den sozialen Kämpfen hervorgehen soll.
Wir denken, dass diese Gegenüberstellung falsch ist; es ist im Gegensatz dazu wichtig, an einer gangbaren Strategie für die unmittelbare Konfrontation zu arbeiten. Jeder soziale Wandel beinhaltet eine Infragestellung der vorherrschenden gesellschaftlichen Interessen, deren Privilegien und deren Macht. Diese Konfrontation spielt sich hauptsächlich auf nationaler Ebene ab. Der Widerstand der herrschenden Klasse und ihr Potential an Vergeltungsmaßnahmen reichen jedoch über den nationalen Rahmen hinaus. Die Strategie des Ausstiegs aus dem Euro beinhaltet nicht ausreichend die Notwendigkeit einer europäischen Alternative. Deswegen muss eine Strategie aufgestellt werden, welche mit dem „Euroliberalismus“ bricht und Mittel für eine andere Politik frei setzt. Es geht in diesem Text nicht um das Programm, sondern um die Mittel der Umsetzung.

Was müsste eine linke Regierung machen?

Wir sind mitten in einer Krise, die man technisch eine „Bilanzkrise“ nennen kann. Diese Krise, die durch das Zusammenspiel einer Entschuldung des privaten Sektors einerseits und von Haushaltskürzungen andererseits dauerhaft wird, hat ihren Ursprung in einer Anhäufung riesiger Mengen fiktiven Kapitals, welches in keinem Verhältnis zur reellen Wirtschaft stand. Einfach gesagt heißt dass, dass die Bürger heute für die Schulden zahlen müssen – anders ausgedrückt: Sie müssen der Finanzbranche das Ziehungsrecht auf die Produktion und auf aktuelle oder künftige Steuereinnahmen bestätigen. In einer auf europäischer oder gar globaler Ebene koordinierten Aktion haben die europäischen Staaten sich dafür entschieden, die privaten Schulden zu verstaatlichen, indem sie sie in Staatsschulden umgewandelt haben, und eine Kürzungs- und Transferpolitik durchzusetzen, um diese Schulden zu tilgen. Das ist der Vorwand, unter dem „Strukturreformen“ umgesetzt werden. Die Ziele dieser Reformen sind klassisch neoliberal: Schrumpfung der öffentlichen Dienste und des Wohlfahrtsstaats, Kürzungen sozialer Ausgaben und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, um Löhne und Gehälter herunterzudrücken.
Unserer Meinung nach muss sich die politische Strategie der Linken auf den Kampf um eine Mehrheit für eine linke Regierung konzentrieren, die in der Lage ist, sich dieser Zwangsjacke zu entledigen.

Sich von dem Griff der Finanzmärkte befreien und das Haushaltsdefizit regeln.
Kurzfristig müsste eine der ersten Maßnahmen einer linken Regierung sein, einen Weg zu finden, mit dem das Haushaltsdefizit unabhängig von den Finanzmärkten finanziert wird. Das erlauben die europäischen Regeln nicht, und es wäre der erste Bruch, der durchzuführen wäre.
Es gibt ein großes Spektrum an möglichen Maßnahmen, die nicht neu sind und die früher in unterschiedlichen europäischen Ländern durchgeführt wurden: eine Zwangsanleihe bei den reichsten Haushalten; das Verbot, Kredite bei Devisenausländern aufzunehmen; eine Verpflichtung von Banken, eine bestimmte Quote an Staatsanleihen aufzunehmen; eine Steuer auf internationale Dividendentransfers sowie auf Kapitaltransfer usw.; und selbstverständlich eine radikale Steuerreform.
Der einfachste Weg wäre, dass die nationale Zentralbank den öffentlichen Haushalt finanziert, wie es in den USA, in Großbritannien, Japan usw. gemacht wird. Es wäre möglich, eine besondere Bank ins Leben zu rufen, welche sich gegenüber der Zentralbank refinanzieren darf, welche aber als Hauptfunktion den Kauf öffentlicher Anleihen hätte (etwas, was die EZB bereits gemacht hat).
Natürlich ist das nicht wirklich eine technische Frage. Es wäre ein politischer Bruch mit den bisher geltenden Regeln in Europa. Ohne einen solchen Bruch wäre jegliche Politik, die nicht „die Finanzmärkte beruhigen“ würde, sofort blockiert durch einen Anstieg der Kosten für die Finanzierung der öffentlichen Schulden.

Sich vom Griff der Finanzmärkte befreien und die Schulden restrukturieren.

Dieses erste Paket von Sofortmaßnahmen würde jedoch nicht die bereits angehäuften Last von Schulden und der Zinsen auf diese Schulden reduzieren. Die Alternative sieht folgendermaßen aus: entweder weiter andauernde Austerität oder ein sofortiges Moratorium auf die öffentlichen Schulden, gefolgt von Maßnahmen zur Schuldenstreichung. Eine linke Regierung sollte sagen: *„Wir können solche Schulden nicht bezahlen, indem wir Löhne und Renten herabsetzen, und wir lehnen das ab.“* Nach einen solchen **Moratorium** sollte ein öffentliches **Audit** organisiert werden, **um die illegitimen Schulden herauszufinden** – was vor allem vier Bereiche betreffen würde:
- die „Steuergeschenke“ zugunsten der reichsten Haushalte, der großen Firmen und der „Rentiers“;
- die „illegalen“ Steuerprivilegien: Steuerflucht, Steueroptimierung, Steueroasen und Amnestien für Steuerflüchtlinge;
- die Bankenrettungsaktionen seit Ausbruch der Krise;
- die Schulden, die per Schneeballeffekt aus den Schulden selbst entstanden sind durch die Differenz zwischen der Höhe der Zinsen und der Wachstumsraten des BIP, weil letztere infolge der neoliberalen Kürzungspolitik und der Arbeitslosigkeit stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Auf ein solches Audit muss ein **Austausch der Schuldtitel** folgen mit dem Ergebnis, dass ein Großteil der Schulden annulliert wird. Das wäre der zweite Bruch.

Die öffentlichen Schulden sind aber auch eng verwoben mit der Bilanz der privaten Banken. Darum sind die sogenannten Rettungsaktionen für die Staaten in der Regel Bankenrettungsaktionen. Also ist ein dritter Bruch mit der neoliberalen Ordnung erforderlich: **internationale Kapitalverkehrskontrolle, Kontrolle über das Kreditwesen und Sozialisierung der Banken.** Das ist der einzige vernünftige Weg, um das Geflecht der Schulden zu entwirren. Immerhin war das die Option, die in Schweden in den 1990er Jahren gewählt wurde (auch wenn die Banken später wieder privatisiert wurden).

Um es zusammenzufassen:
Für einen alternativen Lösungsweg ist ein kohärenter dreifacher Bruch mit der herrschenden neoliberalen Ordnung notwendig:
- Finanzierung der öffentlichen Schulden in Vergangenheit und Zukunft;
- Streichung der illegitimen Schulden;
- Sozialisierung der Banken zum Zwecke der Kontrolle des Kreditwesens.

Das sind die Mittel für eine echte soziale Transformation. Aber wie kommen wir dahin?

Eine linke Regierung ist notwendig

Diese drei bedeutenden und notwendigen Brüche, um erfolgreich Widerstand gegen eine finanzpolitische Erpressung zu leisten, können nur von einer linken Regierung zu einem guten Ende gebracht werden.
Obwohl die sozialen und politischen Bedingungen für eine abgestimmte Strategie des Kampfes für eine solche Regierung von Land zu Land sehr unterschiedlich sind, richtete sich im Sommer 2012 in ganz Europa alles Augenmerk auf die Aussichten von **Syriza** (dem Bündnis der Radikalen Linken), die Wahlen zu gewinnen und damit das Rückgrat für eine solche Regierung in Griechenland zu bilden.
Seit dieser Zeit führt Syriza eine Kampagne mit den grundlegenden Themen, die wir in diesem Manifest entwickeln: Eine Regierung der linken Kräfte ist ein Bündnis für die Aufkündigung der Memoranda der Troika und die Umstrukurierung der Schulden, so dass Löhne, Renten, Öffentliche Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialversicherung geschützt werden könnten.
Unser Ansatz steht mit dem von Syriza im Einklang: „Kein Opfer für den Euro“.

Ein Ausstieg aus dem Euro ist keine Garantie für einen Bruch mit dem „Euroliberalismus“

Eine linke Regierung, die solche Maßnahmen ergreifen würde, muss selbstverständlich entschlossen sein, eine sozialistische Politik umzusetzen und der Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung sicher sein. Diese Unterstützung lässt sich nur erreichen, wenn ihr Programm deutlich den Kampf gegen die Interessen des Finanzkapitals, den Wiederaufbau einer Wirtschaft mit Vollbeschäftigung sowie die öffentliche Verwaltung der Gemeingüter als vorrangige Ziele festlegt. Wenn das Ziel die Streichung der Schulden ist, darf keinesfalls von diesem Ziel abgewichen werden.

Kohärenz und politische Klarheit sind die Voraussetzungen dafür, dass wir diesen Kampf gewinnen und auch dessen würdig sind. **Die wichtigste Maßnahme einer linken Regierung muss also der Kampf gegen die Verschuldung und die Austeritätspolitik sein.**
Für eine effektive Politik gegen die Schulden muss sich eine linke Regierung auf die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung stützen und bereit sein, alle notwendigen demokratischen Mittel einzusetzen, um dem Druck der Interessen der Finanzindustrie entgegen zu treten, einschließlich Maßnahmen zur Verstaatlichung der strategischen Bereiche und eine direkte Konfrontation mit der Regierung Merkel, der EZB und der Europäischen Kommission.
Die Schlacht für die Verteidigung der Demokratie und der sozialen Errungenschaften muss auf supranationaler Ebene weitergeführt werden. Wenn die Politik in Brüssel sich dem widersetzt, muss die Schlacht zunächst von den bereits existierenden nationalen Rahmenbedingungen ausgehen. Hierbei darf es kein Tabu hinsichtlich des Euros geben, und wir müssen uns alle Optionen, wie auch das Verlassen des Euroraums, offen halten, wenn innerhalb des europäischen Rahmens keine Alternative bleibt oder wenn die EU-Behörden ein Land dazu zwingen.

Aber der Ausstieg aus dem Euro darf nicht der Ausgangspunkt sein.
Jede linke Regierung muss sich über die **schwierigen Probleme** im Klaren sein, die ein Ausscheiden aus der Eurozone bedeuten würde.
Erstens würde sich daraus nicht unbedingt die Wiederherstellung einer demokratischen Souveränität ergeben. Sicherlich würde sich die Finanzierung des Haushaltsdefizits der Kontrolle der Finanzmärkte entziehen, doch diese Kontrolle könnte durch die Spekulation gegen die neue/alte Währung eines Landes ausgeübt werden, das ein Außenhandelsdefizit hätte.
Zweitens würde sich die Schuldenlast nicht verringern. Sie würde sich sogar im Verhältnis zur Abwertung erhöhen, denn die Verschuldung wird in Euro berechnet.
Unter diesen Bedingungen wäre die Regierung genötigt, die öffentliche Verschuldung in die neue Währung zu übertragen, was einer Teilannullierung gleich käme: Es obliegt der Macht eines Staates, eine solche Entscheidung zu treffen, selbst wenn daraus ein internationaler Rechtsstreit zu erwarten wäre. Allerdings verfügen Privatunternehmen und Banken nicht über dieselbe souveräne Macht, und daher würden private Schulden und Verbindlichkeiten in der nationalen Währung steigen. In diesem Rahmen wäre schließlich eine Verstaatlichung der Banken notwendig, um ganz einfach einen kompletten Bankrott des Bankensektors zu verhindern, woraus sich eine neue Erhöhung der Staatsverschuldung gegenüber dem internationalen Finanzsektor ergeben würde.
Drittens würde eine Abwertung der neuen Währung einen Inflationsprozess in Gang setzen, der zur Erhöhung der Zinssätze, einer Zunahme der Schuldenlast sowie zur Erweiterung der Einkommensschere führen würde.
Viertens wird das Verlassen des Euroraums öfter als eine Strategie dargestellt, mit man als Folge einer Abwertung der Währung Konkurrenzvorteile erzielen und in Folge dessen Marktanteile hinzugewinnen kann. Diese Herangehensweise bricht nicht mit der Wettbewerbslogik des jeder gegen jeden und verabschiedet sich somit von einer Strategie des gemeinsamen europaweiten Kampfes gegen die Austeritätspolitik.
Wenn also der Kampf so geführt wird, dass ein Verlassen des Euroraums und der EU nicht zur Vorbedingung erklärt wird, könnte

eine linke Regierung ihren Handlungsspielraum vergrößern und ihre Verhandlungsposition stärken, indem sie sich auf eine mögliche Erweiterung der Widerstände auf andere Länder der EU stützen würde. Es handelt sich hier also um eine fortschrittliche und internationale Strategie, die im Gegensatz zu einer isolationistischen und nationalen Strategie steht.

Für eine Strategie des unilateralen Bruchs und Ausbau

Die fortschrittlichen Lösungen stehen im Gegensatz zu dem neoliberalen Projekt verallgemeinerten Wettbewerbs. Sie sind von Grund auf kooperativ angelegt und funktionieren umso besser, auf je mehr Länder sie ausgedehnt werden. Wenn beispielsweise alle europäischen Länder die Arbeitszeit reduzieren und eine einheitliche Kapitalertragssteuer erheben würden, könnte eine solche Koordinierung den Gegenschlag vermeiden, den genau diese Politik erleiden würde, wenn sie in einem einzigen Land umgesetzt würde.
Um diesen kooperativen Weg einzuschlagen, muss eine Regierung der linken Kräfte eine **unilaterale Strategie** verfolgen:
- Die „geeigneten Maßnahmen“ werden unilateral getroffen, wie beispielsweise die Ablehnung der Austeritätspolitik oder die Besteuerung von Finanztransaktionen.
- Sie müssten einhergehen mit Schutzmaßnahmen wie beispielsweise die Kontrolle der Kapitalmärkte.
- Die Durchführung einer Politik, die auf nationaler Ebene nicht im Einklang mit den europäischen Bestimmungen steht, stellt ein politisches Risiko dar, das zu beachten ist. Die Antwort dazu besteht in einer Logik der Erweiterung, damit solche Maßnahmen wie beispielsweise fiskalpolitische Impulse oder die Finanztransaktionssteuer von anderen Mitgliedstaaten angenommen werden.

Die politische Konfrontation mit der EU und den herrschenden Klassen anderer Staaten, insbesondere der deutschen Regierung, kann jedoch nicht vermieden werden, und die Drohung eines Verlassens des Euroraums darf nicht a priori von möglichen Optionen ausgeschlossen werden.

Dieses strategische Schema erkennt an, dass **die Neugründung Europas nicht eine Vorbedingung für die Umsetzung einer alternativen Politik sein darf**. Die möglichen Vergeltungsmaßnahmen gegen eine linke Regierung müssen von Gegenmaßnahmen neutralisiert werden, die in der Tat einen Rückgriff auf protektionistische Systeme implizieren. Doch diese Orientierung ist nicht im üblichen Sinne des Wortes protektionistisch, denn sie schützt einen sozialen Transformationsprozess, den die Bevölkerung mitträgt, und nicht die Interessen des nationalen Kapitals , das sich im Wettbewerb mit anderen Kapitalinteressen befindet.
Es handelt sich also um einen **„Erweiterungsprotektionismus“**, der obsolet wird, sobald die sozialen Maßnahmen für Arbeitsplätze und gegen die Austeritätspolitik sich quer durch Europa durchgesetzt haben.

Der Bruch mit den Bestimmungen der Europäischen Union ist keine Prinzipienfrage, sondern stützt sich auf der Legitimität von gerechten und effizienten Maßnahmen, die den Interessen der Mehrheit entsprechen und ebenso den Nachbarländern vorgeschlagen werden. Diese strategische Orientierung kann durch die soziale Mobilisierung in den anderen Ländern verstärkt werden und sich schließlich auf ein Kräfteverhältnis stützen, das in der Lage ist, die Institutionen der EU in Frage zu stellen. Die jüngste Erfahrung mit den neoliberalen Rettungsschirmen der EZB und der Europäischen Kommission zeigt, dass es absolut möglich ist, eine Reihe von Bestimmungen der EU-Verträge zu umgehen, und dass die europäischen Behörden nicht gezögert haben, dies auf Gedeih und Verderb zu tun. Daher fordern wir das Recht auf Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, inklusive der Einrichtung einer Kapitalverkehrskontrolle und jeglichen Systems, das geeignet ist, um Löhne und Renten zu sichern. In diesem Rahmen wäre das Verlassen des Euroraums eine Drohung oder ein allerletzter Ausweg.

Diese Strategie stützt sich auf die Legitimität der fortschrittlichen Lösungen, die aus ihrem Klassencharakter erwächst. Es handelt sich hier also um **eine auf Kooperation bauende Strategie des Bruchs mit dem aktuellen Rahmen der EU, dies im Namen eines anderen Entwicklungsmodells,** das auf einer neuen Architektur für Europa beruht: ein erweiterter europäischer Haushalt auf der Grundlage einer gemeinsamen Kapitalsteuer, der Harmonisierungsfonds und sozial und ökologisch sinnvolle Investitionen finanziert.

Wir erwarten allerdings nicht, dass diese Veränderung von alleine kommt. Daher steht für uns der unmittelbare Kampf gegen die Verschuldung und Austeritätspolitik und die gerechten Maßnahmen für die Verteidigung der Löhne, Renten, der sozialen Absicherung und des Öffentlichen Dienstes auf der Tagesordnung.
Kurz gesagt, eine an den Interessen der Bevölkerungsmehrheiten orientierte Strategie einer linken Regierung muss für diesen demokratischen Kampf alles tun, was erforderlich ist. Für diese Strategie stehen wir.

Weitere Unterzeichnende
Zypern: *Stavros Tombazos /* ***Großbritannien:*** *Giorgos Galanis, Özlem Onaran /* ***Spanischer Staat:*** *Daniel Albarracín, Nacho Álvarez, Bibiana Medialdea, Manolo Garí, Antonio Sanabria, Jorge Fonseca, Teresa Pérez del Río, Lidia Rekagorri Villar (Euskal Herria), Jérôme Duval, Andreu Tobarra, Ander Gorroño Bidaguren (Euskal Herria), Jorge Alaminos /* ***Portugal:*** *Francisco Louçã, Mariana Mortagua*
Frankreich: *Gilles Orzoni, Jacques Rigaudiat, Philippe Zarifian, Gilles Raveaud, Jacques Cossart, Nicolas Béniès, Marc Bousseyrol, Mathieu Montalban, Samy Johsua, Catherine Samary, Dany Lang, Bruno Théret, Claude Calame, Jean-Marie Harribey, Ozgur Gun, Patrick Saurin, Antoine Math, Pierre Khalfa, Marc Mangenot, Jean Gadrey, Mireille Bruyère, Henri Philipson, Pierre Bitoun, Patrick Saurin, Bernard Guibert, Robert Kissous, Guillaume Etievant, Jean-Marie Roux, Jakes Bortayrou (Baskenland), Thomas Coutrot, Philippe Légé, Olivier Lorillu, Boris Bilia, Christiane Marty, Bertrand Rothé, Philippe Enclos, Xavier Girard, Gérard Streletski, Christophe Pébarthe, Pierre Cours-Salies, Yvette Krolikowski, Céline Martin, Michel Bréhier, Yann Merlevede, Dany Lang, Chantal Frattaruolo, Yves Chassin, Martial Picot, Catherine Harmant, Christian Zanne, Michel Bréhier, Yann Merlevede, Chantal Frattaruolo, Yves Chassin, Martial Picot, Gustave Massiah, Antoine Cantais, Geneviève Morenas /* ***Belgien:*** *Eric Toussaint, Pierre Vermeire /* ***Schweden:*** *Rodolfo Garcia, Örjan Appelqvist /* ***Niederlande:*** *Willem Bos*
Schweiz: *Jean Batou, Pierre Vanek*

Euro-make it oder Euro-exit?

Eine Debatte des Wissenschaftlichen Beirats von ATTAC auf der Sommerakademie 2013 in Hamburg-Bergedorf (24.7.-28.7.)

(...) Auswege müssen gefunden werden, sonst drohen Hunger und Verarmung von Millionen auch auf dem reichen Kontinent Europa, internationale Konflikte und ökologische Zerstörung. Welche Richtung kann eingeschlagen werden? Eine Weiterentwicklung der Eurozone in Richtung des europäischen Sozialmodells oder Austritt, Rauswurf, Auflösung? Und welches Land soll raus? Deutschland, das für die Ungleichgewichte die Hauptverantwortung trägt? Griechenland, Portugal, Spanien, Italien…, die sich von einer eigenen Währung mehr wirtschaftspolitischen Spielraum versprechen? Wer will raus und wer kann darüber legitim befinden? Gibt es einen Masterplan „Zukunft Europas“ oder wird nicht Europa in einer „Zukunftswerkstatt“ errichtet werden müssen?

Die Fragen sind dringlich und sie sollen mit Bezug auf die Arbeiten von Jörg Huffschmid über die Krisen, die Regulierung der Finanzmärkte und die Alternativen für Europa auf der ATTAC-Sommerakademie erörtert werden.

PodiumsteilnehmerInnen: Alexandra Strickner, Winfried Wolf, Lucas Zeise, Birgit Mahnkopf (angefragt)
Moderation: Andreas Fisahn

Zeichen setzen für Umverteilung

Abschlusserklärung zum Kongress „Umverteilen.Macht.Gerechtigkeit“ 24.-26. Mai 2013 in Berlin

Gigantischer privater Reichtum und wenige Superreiche auf der einen, dramatisch zunehmende Armut und klamme öffentliche Kassen auf der anderen Seite – angesichts dieser Situation hat ein breites Bündnis dazu eingeladen, ein Wochenende lang über Analysen und Handlungskonzepte zu diskutieren sowie Aktivitäten zu bündeln.

Die zunehmend ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung war und ist Nährboden der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Doch die geradezu obszöne Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen Weniger wird nicht hinreichend skandalisiert. So konnten private Spekulationsverluste fast geräuschlos in öffentliche Schulden verwandelt werden, um diese Krise vorgeblich zu lösen. Jetzt regiert der Rotstift. Kürzungspolitik gilt als alternativlos und wird vielen europäischen Ländern durch undemokratische Prozesse auferlegt. Dadurch nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich in und zwischen vielen Ländern noch weiter zu. Die Krise wird nicht bekämpft, sondern vertieft. Weltweit wächst die Gefahr steigender Armut.

In Europa spitzt sich die Lage entgegen offizieller Schönfärberei und Durchhalteparolen zu. Immer mehr Menschen können einem europäischen Projekt nicht mehr zustimmen, das alle Lebens- und Arbeitsbereiche dem Diktat der Wettbewerbsfähigkeit unterwerfen will. Selbst unter Inkaufnahme undemokratischer Maßnahmen. Neoliberale Politik dient erkennbar nur den Interessen von Großunternehmen und Vermögenden – auf Kosten der Mehrheit, der Umwelt, der Jugend und künftiger Generationen. Es droht soziale Spaltung unseres Kontinents. Das muss sich ändern. Ein anderes Europa ist nötig! Und es ist möglich!
Ein Europa, in dem die Menschen ihre Existenzgrundlage gefährdet sehen, wird zwangsläufig scheitern. Doch Europa hat alle Ressourcen, Kraft und materiellen Reichtum für eine Zukunft in Wohlstand für alle zu sorgen. Dafür ist es notwendig, ein gesellschaftliches Projekt miteinander zu entwickeln und demokratisch zu gestalten. Als Erstes muss der Prozess der Umverteilung „von unten nach oben“ umgekehrt werden, um die Krise überwinden zu können und ein friedliches, soziales, geschlechtergerechtes und ökologisch nachhaltigeres Miteinander zu ermöglichen. Garant hierfür ist seine Ausweitung auf die internationalen Verhältnisse. Für diesen dringend gebotenen Kurswechsel fordern die Mitwirkenden am Kongress:

- Existenzsichernde Einkommen und gute Arbeit für alle
Gemeinsam mit Menschen aus den verschiedenen europäischen Ländern treten wir den Angriffen auf Gewerkschaftsrechte und Tarifvertragssysteme entgegen, um gute Arbeit und existenzsichernde Löhne durchzusetzen. Wir brauchen funktionierende Tarifvertragslandschaften, Mindestlohnregelungen und existenzsichernde Sozialsysteme.

- Verlässliche soziale Infrastruktur zur Sicherung der Daseinsvorsorge
Die europaweite Ökonomisierung des Sozialen muss gestoppt werden. Wir brauchen eine verlässliche, öffentlich garantierte soziale Infrastruktur zur Sicherung der Daseinsvorsorge - getragen von einer lebendigen Bürgergesellschaft.

- Ein europaweites Programm für sozial-ökologischen Umbau statt Vergemeinschaftung der Kürzungspolitik
Die Kürzungspolitik macht Europa nicht zukunftsfähig. Im Gegenteil. Zukunftsweisend ist eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die innovativ und sozial ist und gleichzeitig Umwelt und Ressourcen schont.

- Reichtum aus der Tabuzone holen: Vermögen umverteilen statt Kürzungsdiktat
Zur Bekämpfung der aktuellen Krise wird europaweit eine einmalige Abgabe auf Vermögen erhoben. Die Abgabe soll die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern. Für die ausreichende Finanzierung öffentlicher Ausgaben müssen große Vermögen und sehr hohe Einkommen wieder stärker besteuert werden.

- Bekämpfung von Steuerdumping, Steuerflucht und -hinterziehung
Die Bemessungsgrundlagen für zu versteuernde Gewinne und andere Einkommen müssen vereinheitlicht werden, Sonderkonstruktionen zur Steuervermeidung verboten und Mindeststeuersätze festgelegt werden. Für eine wirksame Bekämpfung von Steuerstraftaten sind ein automatischer Informationsaustausch und enge, grenzüberschreitende Kooperation von personell gut ausgestatten nationalen Steuerbehörden nötig.

- Regulierung der Finanzmärkte
Finanzmärkte müssen wirksam reguliert und volkswirtschaftlich schädliche Geschäfte und Produkte eingedämmt werden. Auf alle Finanzgeschäfte muss eine Finanztransaktionssteuer erhoben werden mit einem Steuersatz von mindestens 0,1 Prozent. Ein wesentlicher Teil davon wird für globale Armutsbekämpfung reserviert.

- Demokratisierung der EU
Sämtliche Entscheidungsebenen der EU sind konsequent zu demokratisieren. Die Europäische Integration hat nur mit einem hohen Maß an demokratischer Beteiligung der Bevölkerung eine Perspektive.

Wachsende Ungleichheit vollzieht sich weder nach Naturgesetzen, noch ohne Akteure. Es waren Menschen, die in entscheidenden Positionen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene gehandelt und Entscheidungen gefällt haben. Genauso können Menschen, können wir Ungleichheiten korrigieren. Die Mitwirkenden am Kongress rufen dazu auf, sich aktiv an Initiativen zu beteiligen und alternative Konzepte zu unterstützen.

Beispiele aus Organisationen des Trägerkreises sind:

- Appell für einen europäischen Steuerpakt
Lanciert im Mai 2013 von Denknetz Schweiz, ver.di Deutschland, Attac Deutschland, Attac Schweiz, Gewerkschaft Unia Schweiz, Marie Jahoda/Otto Bauer Institut Österreich
http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Appell-europaischer-Steuerpakt_Flyer_Mai_13.pdf

- DGB: Ein Marshallplan für Europa.
Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunk tur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Dezember 2012
http://www.dgb.de/themen/++co++64b9f550-4081-11e2-9bfd-00188b4dc422

- Bündnis Umfairteilen
http://umfairteilen.de/

- Die Attac-Kampagne „Ran an den Speck – Reichtum umverteilen!“ Konzept des Europäischen Attac Netzwerkes für eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe
http://www.attac.de/aktuell/umverteilen

- 1:12. Gemeinsam für gerechte Löhne
Volksinitiative der Schweizer Jusos zur Begrenzung der Lohnspreizung auf 1:12
http://1-12.ch

Unterschriften: *AK Österreich, Friedrich-Ebert Stiftung, Verdi, UNIA, DGB, Rosa-Luxemburg-Stiftung, WEED, der paritätische Gesamtverband, GEW, Attac, Hans-Böckler-Stiftung, Appell für eine Vermögensabgabe, GPA- djp, Denknetz, Medico, SGB/USS*

http://www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu/download/

Blockupy



Blockupy Koordinierungskreis

Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.

5.6.2013

Blockupy 2013 – das waren intensive und kraftvolle Tage der gemeinsamen Aktion und des gemeinsamen Widerstandes. Wir haben am Freitag mit mehr als 3000 Aktivist_innen die Zugänge zur Europäischen Zentralbank blockiert und damit - wie angekündigt - den Widerstand in das Herz des europäischen Krisenregimes getragen. Wir haben danach in vielfältigen ungehorsamen Aktionen deutlich gemacht, wie die Krisen- und Verarmungspolitik in unser Leben und in das Leben von Millionen Menschen auf der Welt eingreift: durch die Ausbeutung und die tödlichen Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie, durch prekäre Arbeitsverhältnisse und Armutslöhne in Europa, durch die schmutzigen Geschäfte der Deutschen Bank mit Rüstung, Land-Grabbing oder Nahrungsmittelspekulation, durch die Abwälzung von Sorge-, Pflege- und Reproduktionsarbeit ins Private und die damit verbundene Verschärfung der Geschlechterungleichheit, durch die Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen (mit Zwangsräumungen, Luxussanierung und Privatisierung öffentlicher Wohnungen) oder durch die gnadenlose und tödliche Migrations- und Abschiebepolitik der EU.

Wir kamen in einem großartigen Camp zusammen, das nicht nur Unterkunft bot, sondern zum Ort der Begegnung, des Austauschs und der Planung von Aktionen von Aktivist_innen nicht nur aus Deutschland, sondern aus Italien, aus Belgien, Dänemark, den Niederlanden, aus Spanien, aus Griechenland, aus Österreich und aus vielen weiteren Ländern geworden ist.

Der Angriff der Polizei auf die große internationale Demonstration – mit über 20.000 Aktivist_innen – am Samstag hatte die Absicht, diese Erfolge wieder zunichte zu machen und das Bündnis zu spalten. Die Verantwortlichen für diesen Angriff – allen voran der hessische Innenminister und der Frankfurter Ordnungsdezernent, beide aus der Partei Angela Merkels – konnten nicht ertragen und zulassen, dass eine große und internationale Demonstration direkt an der EZB vorbeizieht. Sie wollten dies schon im Vorfeld durch Verbote verhindern, sind aber vor Gericht gescheitert. Daraufhin haben sie diese Urteile einfach unterlaufen und damit deutlich gezeigt, was ihr Gerede von Demokratie und Rechtsstaat wert ist. Die Gefahr, dass ein paar Farbspritzer die Fassade der EZB erreichen könnten, war ihnen Anlass genug, die Versammlungsfreiheit auszuhebeln und mehr als 300 Menschen durch Schläge, Tränengas und vor allem Pfefferspray zum Teil schwer zu verletzten. Mit dem Angriff auf unsere Demonstration sollte die Bewegung demoralisiert und gespalten werden. Sie haben wirklich gedacht, sie könnten 1000 Aktivist_innen aus dem antikapitalistischen Block an der Spitze der Demonstration einkesseln und die anderen Blöcke würden einfach auf jener Route, die die Polizei schon immer gewollt hatte, weiterlaufen. Damit haben sie die Solidarität und die Einigkeit unter den Bündnispartner_innen und unter den Aktivist_innen völlig unterschätzt. Wenn die Polizei einen Teil unserer Demonstration angreift, dann greift sie uns alle an.

Niemand ist auf ihr absurdes Angebot, die Eingekesselten und Angegriffenen im Stich zu lassen, eingegangen. Tausende sind bis spät in den Abend geblieben und haben sich bis zum Schluss mutig der Polizei entgegengestellt. Es ist diese gemeinsame Erfahrung des Mutes und der Solidarität im Angesicht der Polizeigewalt, die unser Bündnis und unsere Bewegung noch enger zusammengebracht hat.

Blockupy hat einen wichtigen politischen Erfolg errungen. Der Angriff auf unsere Demonstration ist zur politischen Niederlage für das Innenministerium und die Vertreter_innen der autoritären Krisenpolitik geworden. Wir sind entschlossen, weitere Aktionen an der Europäischen Zentralbank vorzubereiten, diesem frei liegenden Nerv des europäischen Krisenregimes, wo Proteste so offensichtlich wehtun und unerwünscht sind.

Es ist überflüssig, dass wir auf die Lügen und Rechtfertigung der Polizei und des hessischen Innenministeriums im Einzelnen eingehen. Das geschieht in der Öffentlichkeit und von vielen Seiten bereits. Alle, die

am 1. Juni auf der Straße waren, wissen: Der Angriff der Polizei findet keinerlei Rechtfertigung in dem Verhalten der Demonstrant_innen. Der Stopp der Demonstration und die Einkesselung waren politisch gewollt und angeordnet. Es gab niemals die Absicht, unsere Demonstration auf der gerichtlich bestätigten Route laufen zu lassen.
Repression und Polizeigewalt sollen Stärke demonstrieren, aber in Wahrheit decken sie die Nervosität der herrschenden Krisenpolitik auf, die sich immer weniger demokratisch legitimieren lässt und immer mehr autoritär durchgesetzt werden muss. Der Widerstand gegen die sozialen Folgen der Krisenpolitik, gegen die Verelendung und die Hoffnungslosigkeit, in die dadurch Millionen Menschen gestürzt wurden, und der Widerstand gegen die Beschneidung demokratischer Rechte sind nicht voneinander zu trennen, sondern gehören unmittelbar zusammen. Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus.
Wir grüßen alle Aktivist_innen in allen Ländern, die in diesen Tagen auf den Straßen sind und waren. Wir senden insbesondere solidarische Grüße an unsere mutigen Freund_innen in der Türkei. Euer Kampf ist auch unser Kampf.
Wir sind bei den Aktionstagen von Blockupy 2013 unserem Ziel, Teil einer großen, gemeinsamen europäischen und globalen Bewegung zu werden, einen weiteren Schritt näher gekommen. Auch auf diesem Weg werden wir weitermachen und die Diskussionen und die gemeinsame Aktionen mit unseren internationalen Freund_innen fortsetzen und intensivieren.
BLOCKUPY gibt das Versprechen, dass im Herzen des europäischen Krisenregimes, in Deutschland und speziell in Frankfurt, keine Ruhe einkehren wird, sondern dass unsere Aktionen weitergehen werden. Wir werden in Kürze zu gemeinsamen Beratungen einladen, um einen große internationalen und partizipativen Vorbereitungsprozess für die Mobilisierung gegen die geplante Eröffnung der neuen EZB 2014 einzuleiten.

www.blockupy-frankfurt.org

Wir brauchen Geld für die Rechtshilfe und für weitere Aktionen!
Spenden bitte an: Friedens- und Zukunftswerkstatt | Verwendungszweck: "Spende Krise Ffm"
Konto-Nr.: 200337319 Bank: Frankfurter Sparkasse BLZ: 50050201

https://blockupy-frankfurt.org/2096/sie-wollen-kapitalismus-ohne-demokratie-wir-wollen-demokratie-ohne-kapitalismus-teaser/



Blockupy Wien

„Demokratische Grundrechte werden außer Kraft gesetzt"

Pressemitteilung

Die Proteste des internationalen Blockupy-Bündnisses in Frankfurt/Main wurden am Samstag von brutalen Polizeiübergriffen überschattet. Rund 20.000 Menschen - darunter rund 100 aus Österreich - protestierten friedlich und lautstark gegen die europäische Krisenpolitik. Doch die Polizeiführung hatte andere Pläne.

Polizeieinheiten mit Wasserwerfern und Räumpanzern stoppten in Kampfmontur die genehmigte Demonstration. Danach trennten sie Teile gewaltsam ab und kesselten die TeilnehmerInnen ein. Die Polizei setzte über Stunden Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Der Ermittlungsausschuss des Blockupy-Bündnisses meldet 200 Verletzte, darunter auch Kinder. Das jüngste Pfefferspray-Opfer war zwei Jahre alt. Mehrere Personen wurden bewusstlos aus dem Kessel gezogen. SanitäterInnen wurde der Zugang zu Verletzten verweigert. Medien berichten von mindestens zwei Schwerverletzten, mehrere Personen mussten zeitweise beatmet werden.

Lisa Mittendrein, Vorstandsmitglied von Attac Österreich und Teil von Blockupy Wien stand selbst im Pfefferspray-Regen und wurde von der Polizei brutal gestoßen: „*Die Polizei versuchte klar die Situation zu eskalieren. Sie ging brutal gegen friedliche DemonstrantInnen vor. Eindeutiges Ziel war es dabei die Demonstration zu verunmöglichen. Es ist schockierend mit welcher Gewalt die Politik der Troika auf allen Ebenen durchgesetzt und demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt werden*."

Während ihres Eingriffs unterzog die Polizei alle Eingekesselten einer Stunden langen Leibesvisitationen und Gepäckkontrollen. Über tausend Menschen wurden bis zu neun Stunden ohne Versorgung mit Getränken festgehalten. Doch die anderen DemonstrantInnen harrten nach dem Polizeieingriff noch zehn Stunden aus bis alle Eingekesselten frei waren. "*Die solidarische Stimmung unter den TeilnehmerInnen war sehr beeindruckend und ermutigend. Wir werden 2014 wieder nach Frankfurt kommen, um die Eröffnung der neuen EZB ganz und gar nicht ungestört über die Bühne gehen zu lassen*", so Jelka Kuhar von der Blockupy Plattform Wien.
http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/06/03/blockupy-polizeigewalt-auch-gegen-oesterreichische-teilnehmerinnen.html

Protest- und Polizeiforscher*innen besorgt über Polizeigewalt gegen Blockupy-Proteste, Offener Brief an die Landesregierung in Hessen http://textrecycling.wordpress.com/2013/06/08/protest-und-polizeiforscherinnen-zur-polizeigewalt-gegen-blockupy-2013/

Koordinierungskreis von Attac Deutschland

Zur politischen Bedeutung der Blockupy-Aktionstage

3. Juni 2013
Das globalisierungskritische Netzwerk Attac Deutschland betrachtet die Blockupy-Proteste des vergangenen Wochenendes als wichtigen Schritt hin zu einem koordinierten europäischen Widerstand gegen das autoritäre Krisenmanagement der Europäischen Union. Am Sitz der Europäischen Zentralbank als einem der wichtigen Akteure der EU-Troika haben Tausende Blockierende und Zehntausende DemonstrantInnen gezeigt, dass sie eine Politik nicht mehr hinnehmen werden, die die Bedürfnisse der Menschen in Europa und weltweit mit Füßen tritt, um die Stabilität der Finanzanlagen zu garantieren und Standortkonkurrenz durchzusetzen.

Mit diesem Wochenende ist der Streit um den Umgang mit der – fälschlich als „Eurokrise" bezeichneten – Austeritätspolitik auch in der deutschen Öffentlichkeit angekommen. Diese Politik wurde bisher insbesondere von der deutschen Bundesregierung als scheinbar alternativlos dargestellt. Über ihre Folgen wurde geschwiegen. Dabei waren diese für die Menschen in Europa und weltweit katastrophal, manchmal direkt tödlich, wenn etwa in Spanien Menschen massenhaft aus ihren Häusern vertrieben werden oder in Griechenland das Gesundheitssystem völlig zerstört wird. Angesichts dieser existenziellen Folgen war der Schritt vom Protest zum Zivilen Ungehorsam in der Blockade der EZB am Freitag jetzt für Tausende nötig. Die Aktionen gegen rassistische Abschiebung, ausbeuterische Produktionsbedingungen, innerstädtische Vertreibung und Landgrabbing stellten dann die Austeritätspolitik in den Zusammenhang von Alltagserfahrungen im Kapitalismus.

Der Versuch, die beginnende öffentliche Debatte um diese Folgen der Austeritätspolitik unter einem Polizeispektakel zu begraben, ist am Samstag in Frankfurt kläglich gescheitert. Blockupy Frankfurt 2013 hat nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass Standortnationalismus und Marktkonkurrenz keine Lösungen, sondern Krisenursachen sind. Blockupy trägt die Proteste der südeuropäischen Länder nach Deutschland, wo die Verarmungspolitik maßgeblich vorangetrieben wird und ist - unter Beteiligung vieler europäischer AktivistInnen - damit auch ein Zeichen der Solidarität in Europa. Die Bedürfnisse der Menschen, die sich in allen europäischen Ländern gegen die Austeritätspolitik wehren, richten sich auf eine solidarische und soziale Gesellschaft.

Dass die politisch Verantwortlichen in Frankfurt und in Hessen die inhaltliche Auseinandersetzung um diese Fragen um jeden Preis verhindern wollen, haben sie am vergangenen Wochenende gezeigt. Bilder eines bunten und breit getragenen Widerstands direkt vor den Bankentürmen mussten vermieden werden – egal um welchen Preis. Dass durch den willkürlichen und massenhaften Einsatz von brutaler Polizeigewalt die Demokratie selbst zu Schaden kommt, war ihnen offensichtlich gleichgültig. Damit wird nun auch in Deutschland offensichtlich, was europaweit längst sichtbar ist: Diese Art der Krisenlösung und die Ansprüche auf eine demokratische, soziale Gesellschaft sind nicht zu vereinbaren. Diese Art autoritärer Politik hat keine Zukunft mehr.

Die Solidarität, die Blockupy am vergangenen Wochenende in Frankfurt selbst auf die Straße getragen und europa- und weltweit erfahren hat, wird nicht mehr verschwinden; die internationale solidarische Bewegung von unten kann durch staatliche Gewalt nicht unterdrückt werden.

Unterschriftenaktion:
Solidarität mit den Eingekesselten der Blockupy-Demonstration!
http://www.attac.de/index.php?id=12823

Berichte über Blockupy:



1) Wie verliefen die Aktionstag?
Aktionstage von Mittwoch an: www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/ ,
Bericht über den gestoppten Demozug: www.attac.de/news/6979
Eine (umgekehrte) Chronologie der Ereignisse, wie sie sich in den Sozialen Netzwerken und im Netz darstellte:
www.attac.de/aktuell/eurokrise/blockupy-2013/aktuelles/
Fotos und Videos der Blockupy-Aktionen am Freitag :
www.attac.de/aktuell/eurokrise/blockupy-2013/impressionen/ Fotoalben, auch vom Samstag, auf der Attac Facebook-Fanpage : www.facebook.com/AttacD

2) Blockupy in der Presse
- Stern.de - Proteste in Frankfurt: Nehmt Blockupy ernst!
www.stern.de/politik/deutschland/proteste-in-frankfurt-nehmt-blockupy-ernst-2018758.html
- Spiegel-Online.de - Blockupy-Proteste in Frankfurt: Demonstranten belagern Zentralbank
www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/blockupy-demonstranten-belagern-europaeische-zentralbank-a-902935.html
- Le Monde, La Stampa, Russia Today, Neue Züricher Zeitung oder auch der BBC: www.bbc.co.uk/news/world-europe-22727915
- FR - Das Feldlager der Kritiker: www.fr-online.de/blockupy-frankfurt/blockupy-frankfurt-das-feldlager-der-kritiker,15402798,22891584.html
Viele JournalistInnen waren am Samstag im oder unmittelbar am Kessel und haben dadurch die Willkür des Demoabbruchs und Härte der Polizeiübergriffe teilweise am eigenen Leib erfahren. Entsprechend kritisch sieht die Berichterstattung sogar bei konservativen Medien aus.
- FR - Leitartikel zu Blockupy: Die Macht der Anderen
www.fr-online.de/blockupy-frankfurt/leitartike-zul-blockupy-frankfurt-die-ordnung-der-anderen,15402798,23098752.html
- Bild.de - Warum geht die Polizei so hart gegen BLockupy vor
www.bild.de/regional/frankfurt/polizei/geht-gegen-blockupy-vor-30660420.bild.html
- FAZ - Blockupy: Polizei gerät nach Einsatz in Erklärungsnot
www.faz.net/aktuell/rhein-main/blockupy-polizei-geraet-nach-einsatz-in-erklaerungsnot-12205900.html
Mehr und mehr verdichten sich die Hinweise, dass der Kessel von langer Hand geplant war. Hier dazu die Presseerklärung des Bündnisses während der Verhandlungen:
http://blockupy-frankfurt.org/2013/pressemitteilung-eskalation-und-kessel-offensichtlich-von-langer-hand-geplant/
Filmbericht über Blockupy: http://www.kontext-tv.de/node/358

Danke an Stephanie Handmann und Kay Schulze für die Zusammenstellung! Die SiG-Redaktion

Erstes Zentral- und Osteuropäisches Sozial- und Ökologie- Forum (CEESF) in Wien

Bericht von Felix Jaitner, transform!

Vom 2.-5. Mai 2013 fand in Wien das erste zentral- und osteuropäische ökologische Sozialforum (CEESF) statt. Insgesamt 150 Teilnehmer/innen aus 12 verschiedenen Ländern diskutierten unter dem Titel „Revolten in der Peripherie?“ sowohl die politische als auch die ökonomische Situation in den Ländern Zentral- und Osteuropas im Angesicht der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Das Forum war in **vier Themen** gegliedert:

- Die ökonomische, soziale und ökologische Situation in Zentral- und Osteuropa
- Theoretische Auseinandersetzung und Reflexion hinsichtlich der negativen ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungen in der Politik: Das heißt der Gefahr des Demokratieabbaus, Korruption, des Anstiegs rechtsradikaler Kräfte usw.
- Die Entwicklung konkreter Alternativen (Widerstands) gegen die Austeritätsprogramme der Troika
- Wie kann die Kooperation sozialer Bewegungen auf internationaler Ebene besser und effektiver organisiert werden?

Die Genderthematik sollte ursprünglich als transversale Fragestellung behandelt werden. Das heißt, dass sie in jedem der vier genannten Punkte speziell berücksichtigt werden sollte.

Bereits in der **Eröffnungsdebatte „Welches Europa wollen wir?“** wurde das kontroverse Verständnis hinsichtlich der politischen Vorgehensweise und konkreten Themen, wie z.B. der Europäischen Union oder dem Europäischen Sozialmodell deutlich. Während Alexander Buzgalin (Alternativy-Russland) betonte, dass der europäische Wohlfahrtsstaat bereits eine Verbesserung zu dem aggressiven kapitalistischen Modell in Russland darstellen würde, argumentierten Isabelle Bourboulon (Attac France) und Walter Baier (transform! europe), dass es genau das Modell des westeuropäischen Sozialstaats sei, dass gegenwärtig in die Krise gekommen sei. Als Gründe dafür nannten sie neoliberale Politik, die sowohl von der Europäischen Union als auch mehrheitlich von ihren Mitgliedsstaaten vertreten wird.

Auch im Bezug auf mögliche Strategien zur Überwindung der Krise gab es unterschiedliche Ansätze. So plädierte Monika Vana (Die Grünen, Wien) für eine fortschreitende Integration der EU-Mitgliedsstaaten, ein Standpunkt, dem die anderen Diskutant_innen aufgrund der undemokratischen Konstitution der Europäischen Union nicht vorbehaltlos zustimmten. Dennoch war die Debatte ein sehr guter Beginn des Forums, denn sie verdeutlichte den Bedarf aller Teilnehmer_innen, politische Fragen und Strategien zu diskutieren, um ein gemeinsames Verständnis der Krise und gemeinsame politische Strategien zu entwickeln.

Ein weiterer Höhepunkt des CEESF war der **Workshop über Rechtsradikalismus und –populismus in Europa**. Vor allem regionale Analysen, welche die gegenwärtigen Entwicklungen in Ungarn (Attac Ungarn), Russland (Iosif Abramson) und der Ukraine (Sergej Kirichuk, Borotba Ukraine) schilderten, bereicherten die Diskussion und verdeutlichten die große Bedeutung des Themas. Eine **Debatte über die ökonomische Entwicklung Europas** („Eine andere Ökonomie für ein anderes Europa? Die ökonomische und soziale Situation in Osteuropa und die Eurokrise“) stieß ebenfalls auf großes Interesse unter den Teilnehmer/innen.

In der **Abschlusserklärung** lag der Fokus hauptsächlich auf den vier oben genannten Themenschwerpunkten (Ökologie, Rechtsradikalismus, Ökonomie sowie Frauen und Kultur). Es muss jedoch kritisch angemerkt werden, dass während des Forums die Frage nach der Geschlechtergleichheit, die Gender-Problematik generell und die ökologische Frage nicht ausreichend behandelt wurden. Ungeachtet dessen war das Forum ein wichtiger Schritt hin zu einer intensivierten Kooperation zwischen den Aktivist_innen verschiedener Länder. Der gemeinsame Austausch war sinnvoll, um ein Verständnis für die unterschiedli-chen politischen Hintergründe und Kultu-ren zu entwickeln und darauf aufbauend zu einer gemeinsamen politischen Strategie zu kommen.

http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/first-central-and-eastern-european-social-and-environmental-forum.html

Hermann Dworczak: Ein interessantes und gelungenes Forum – leider mit wenig Leuten (aus Österreich)

- Ein erster Kommentar

Das Erste Zentral- und Osteuropäische Sozial- und Umweltforum auf dem Campus der Uni-Wien vom 2.-5. Mai war vom Inhalt her spannend und gelungen. Vier Tage diskutierten FreundInnen, KollegInnen und GenossInnen Themen wie die soziale, ökonomische und politische Lage in Europa- wobei insbesonders die Spezifika Osteuropas herausgearbeitet wurden; Ökologie; die -miserable- Situation der Frauen angesichts der andauernden neoliberalen Offensive; den internationalen Anstieg der extremen Rechten; mit den FreundInnen des refugee-camps Vienna gab es eine fundierte perspektivische Debatte wie der Kampf weitergeführt werden kann.

.

Samstag den 4. Mai fand ein Open-Air-Aktion statt: “SOLIDARITÄT MIT DEM WIDERSTAND IN GRIECHENLAND” bzw. “FREIHEIT FÜR ALEXEI GASKAROV” (der von den russischen Behörden aus politischen Gründen festgenommen wurde).

.

Insgesamt waren 12 Länder vertreten. In solidarischer Manier gab es einen Brückenschlag zwischen “Ost” und “West”. Übereinstimmend wurde festgehalten, daß es nun um die PERMANENTE Zusammenarbeit geht - vor allem via Intensivierung der bestehenden und der Schaffung neuer Netzwerke.

.

Insbesonders die Themen “Extreme Rechte”, ”Kampf gegen die Armut” und die “Flüchtlings /Asylproblematik” bieten sich als Kristallisationspunkte für internationale Kooperation und Solidarität an. Ein zweites Forum - dann in Osteuropa - wurde ins Auge gefaßt.

.

Nicht zufrieden kann man / frau mit der TeilnehmerInnenzahl sein - rund 130. Wobei die Anzahl der Teilnehmerinnen aus Osteu-ropa wegen Visa- und technischen Probleme geringer als erwartet war.

Daß aus Österreich wenig kamen, hat vor allem POLITISCHE Gründe. Hier pflegt jede Gruppe, jede Initiative ihren jeweiligen Schrebergarten und will partout nicht verstehen, daß wir nur GEMEINSAM etwas reißen können.

So hat ein Gutteil der österreichischen Linken einmal mehr eine gute Gelegenheit verschlafen über den Tellerrand zu blicken, sich unterein-ander und mit AktivistInnen aus anderen Länderen zu vernetzen.

Hermann Dworczak ist Mitglied der Vorbereitungsgruppe des FORUMS
http://www.labournetaustria.at/hermann-dworczak-ein-interessantes-und-gelungenes-forum-leider-mit-wenig-leuten-aus-osterreich-ein-erster-kommentar/

Text der Abschlusserklärung:
http://www.sozialforum-asf.at/index.php/50-nicht-kategorisiert/356-common-declaration-of-the-central-and-eastern-european-social-and-environmental-forum



Stephan Krull

30-Stunden-Woche für Europa! Höchste Zeit für das linke Projekt!

Stephan Krull ist Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, langjähriges Mitglied im Betriebsrat bei VW in Wolfsburg und im örtlichen Vorstand der IG Metall. Er ist Mitglied der Attac-Arbeitsgruppe ArbeitFairTeilen (1)

„Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu andrer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.“(2)

An dieser frühen Erkenntnis hat Marx in seiner Philosophie ebenso wie in der Kritik der politischen Ökonomie festgehalten und wir haben tausende Erfahrungsgründe, ebenfalls daran festzuhalten. Für Marx war die Notwendigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit quasi ein „Naturgesetz“ jeder Produktionsweise.

Wir gehen mit Marx davon aus, dass „Arbeitszeit“ nicht nur Erwerbsarbeit meint, sondern die zur Reproduktion der Gesellschaft notwendige Zeit beinhaltet, sodass wir es mit mehreren Dimensionen zu tun haben: Mit meist fremdbestimmter Erwerbsarbeit zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen, mit notwendiger Zeit zur (Re-)Produktion der Gattung Mensch, der „Ware Arbeitskraft“ und der Gesellschaft sowie mit „freier Zeit“ für Partizipation und individuelle Entwicklung. Auf den Aspekt der sekundären Ausbeutung in den Phasen der Nichterwerbsarbeit wird hier nicht eingegangen.

Auf vielen Tagungen, Konferenzen und Versammlungen der zurück liegenden Jahre (3) wurde in Betrieben und Gewerkschaften über das Thema Arbeitszeit diskutiert. Initiiert wurde diese Debatte von interessierten Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Gewerkschaften; bei der IG Metall durch ostdeutsche Verwaltungsstellen und Vertrauensleute in großen Betrieben mit „Mutterhäusern“ im Westen; bei ver.di durch die Strukturen der Frauen und der Jugend, jeweils unterstützt durch einige strategisch denkende Frauen und Männer in den Vorständen. Eine wesentliche Initiative für diese Debatte kam von außerhalb der Gewerkschaft: von Feministinnen um die Vier-in-einem- Perspektive, von der Attac AG ArbeitFairTeilen, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit den jährlichen Memoranden und der im Ergebnis vieler Diskussionen geschaffenen bundesweiten Initiative „Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ Eine Publikation aus diesem Umfeld trägt den Titel „Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“ (4) und ist im Kern eine ökonomische Begründung für die Möglichkeit und die Notwendigkeit, mit der Verkürzung der Zeit für Lohnerwerbsarbeit auf 30 Wochenstunden (kurze Vollzeit) und tangierenden Maßnahmen wie dem Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors die Massenerwerbslosigkeit zu überwinden.

Es wird eine **Debatte** geführt, die im Zusammenhang mit der Arbeitszeitpolitik um folgende Fragen kreist:

3. Wie sind die ökonomischen Entwicklungen und Möglichkeiten, die Entwicklung von Produktivität und Erwerbspersonenpotenzial zu bewerten?

3. Wie sind die strukturellen Veränderungen in der Zusammensetzung des Kapitals und der Klasse der abhängig Beschäftigten, wie sind die Verschiebungen vom Produktionssektor zum Finanz- und Dienstleistungssektor, zu bewerten?

3. Wie ist das politische Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu bewerten, insbesondere die Möglichkeiten der Gewerkschaften und der sie unterstützenden politischen Kräfte, die Arbeitszeitfrage wieder auf die Tagesordnung zu setzen und „salonfähig“ zu machen?

4. Wie können die Erfahrungen der zurückliegenden Kämpfe um Arbeitszeit (35- Stunden-Woche, Kurzarbeit in der Krise) für die künftigen Auseinandersetzungen genutzt werden?

Einige Fakten, um die Lage zu klären:

- Es gibt (nicht nur) in Deutschland einen langfristigen Trend zu höherer Erwerbstätigkeit von Frauen, verstärkt durch Lebensarbeitszeitverlängerung (Verkürzung von Schul- und Studienzeiten sowie Erhöhung des Rentenalters).
- Parallel dazu gibt es exorbitante Produktivitätssteigerungen im industriellen Sektor, etwas geringere im Dienstleistungssektor. Bei personennahen Dienstleistungen wie z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen sind Produktivitätssteigerungen weder möglich noch wünschenswert.
- Erwerbstätigkeit und geleistete Arbeitsstunden werden in einer kleinen Tabelle (5) übersichtlich, in der auch Wachstum und Produktivität deutlich werden:

Jahr	Mio. Erwerbstätige	Mio. Arbeitnehmer	Mrd. Arbeitsstunden (AN)	BIP Mrd. €
1970	26,6	22,2	41,7	360
1990	31,3	27,3	40,7	1.307
1991	38,7	35,1	51,8	1.534
2012	41,6	37,0	48,8	2.644

Von den Arbeitnehmern 2012 sind 29 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, etwa 10 Millionen, überwiegend Frauen, sind unterbeschäftigt und unterbezahlt. Ohne große Schritte der Verkürzung von Wochen- und Jahresarbeitszeit in den zurückliegenden Jahrzehnten wäre das Heer der Erwerbslosen wesentlich größer.
- Die Arbeitszeit hat sich nach der tariflichen Durchsetzung der 40-Stunden-Woche in den 1960er Jahren uneinheitlich entwickelt. In der Druck-, Metall- und Elektroindustrie gelang der Durchbruch zur 35-Stunden-Woche, in anderen Branchen und im öffentlichen Dienst blieb der Kampf um Arbeitszeitverkürzung in den 1990er Jahren stecken. Seitdem gibt es einen Trend zur Verlängerung der tariflichen Arbeitszeiten. Die tatsächliche Arbeitszeit liegt im Schnitt der Vollzeitarbeitsplätze bei über 40 Stunden/Woche. Befördert wird dieses Roll back neben der strukturellen Schwäche der Gewerkschaften (6) durch gesetzliche Regelungen wie die 48-Stunden-Woche und die Arbeitszeitrichtlinie der EU, die eine weitere Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit ermöglicht.
- Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten inklusive Teilzeit und Minijobs liegt bei ca. 30 Stunden pro Woche. Anders wäre die hohe Beschäftigung und die sinkende Zahl von Arbeitsstunden nicht zu erklären. Der Überarbeit von vielen Menschen in sogenannter Vollzeit (23 Millionen) steht die oft unfreiwillige Unterbeschäftigung in Teilzeit und Minijobs (10 Millionen) sowie die erzwungene Erwerbslosigkeit von weit über 4 Millionen Menschen gegenüber.
- Die Reallohnentwicklung der zurückliegenden Dekade ist negativ – trotz höherem Beschäftigungsgrad sind die Einkommen aus unselbständiger Arbeit um ca. 5 % gesunken – besonders stark durch und im Niedriglohnbereich, etwas geringfügiger im Bereich der Tariflöhne. In der gut organisierten Metall- und Elektroindustrie z.B. stiegen die Löhne zwischen 2004 und 2012 etwa um die 16%, die auch die kumulierte Inflation betrug, die durchschnittlichen Nettolöhne beschäftigter Arbeitnehmer stiegen nur um ca. 10%, die Nettolohnquote sank auf unter 65 % (7).

Aus dem Umfeld der Initiative „Arbeitszeitverkürzung jetzt!“, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und der Attac AG ArbeitFairTeilen kam zu Beginn des Jahres ein von über 100 Persönlichkeiten unterzeichneter **Offener Brief** (8) an die Gewerkschaften, Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen mit der Aufforderung, das Thema Arbeitszeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Initiative, der eine überraschende Medienaufmerksamkeit zuteilwurde, wird von einer Debatte begleitet:

- Genügt es, Erwerbsarbeitszeit als ökonomische Kategorie zu thematisieren, wenn dabei zwangsläufig Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, der Lebensweise und der demokratischen Entfaltung ausgeblendet bleiben? Einige Wissenschaftlerinnen und Gewerkschafterinnen haben sich dem offenen Brief aus solchen Gründen nicht angeschlossen.
- Ist es richtig, sich an „die da oben“ mit dem Appell ökonomischer Vernunft zu wenden in der Hoffnung auf die Überzeugungskraft des Argumentes? Muss es nicht viel mehr darum gehen, in den Betrieben, auf den Straßen und in den Wohnungen Initiativen von unten zu entwickeln, die Menschen für ein gutes Leben zu gewinnen und gemeinsam dafür zu kämpfen?

Die IG Metall erteilte eine Absage an die Politik der Arbeitszeitverkürzung. Dieses ist erklärlich vor dem Hintergrund des gewerkschaftlichen Standort-Korporatismus. Nach dem sogenannten „Pforzheimer Abkommen“, durch das Abweichungen vom Tarif nach unten möglich wurden, gab es in vielen Betrieben Arbeitszeitverlängerungen und im Falle Opel gar eine Unterbietung des Flächentarifes. Der ehemalige Gesamtbetriebsratsvorsitzende (9) erklärte im Zusammenhang mit der Pleite und der staatlichen Übernahme von GM und Opel, er wolle auf keinen Fall einen „VEB Opel“ und stimmte stattdessen einem rigorosen Personalabbau und Werksschließungen zu, was in Bochum bei einer Abstimmung der Belegschaft im März 2013 zum offenen Bruch mit den Vereinbarungen der IG Metall geführt hat. Konkret schreibt die IG Metall zum „Offenen Brief“: „*Angesichts der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Krise sind Aufforderungen an alle demokratischen Kräfte im Land, sich für eine faire Verteilung der Arbeit einzusetzen, zweifellos zu begrüßen. Denn in der Tat ist die Überarbeit der einen und die Unterbeschäftigung der anderen, insbesondere in Form der Arbeitslosigkeit, ein gesellschaftlicher Skandal. Überfällig und wichtig sind auch Impulse, die angesichts der verschärften Arbeits- und Leistungsbedingungen und des gestiegenen Handlungsdrucks in den Betrieben dazu beitragen, wieder Bewegung in die gesellschaftliche und gewerkschaftliche Debatte um Arbeitszeit zu bringen. Eine Voraussetzung für wirkungsvolle Impulse ist, dass sie an den Arbeits- und Arbeitszeitrealitäten der Beschäftigten und deren entsprechenden Interessenlagen ansetzen. Forderungen, wie die nach einer allgemeinen kollektiven Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden, sind deshalb gegenwärtig wenig hilfreich, denn sie verkennen die aktuelle Ausgangslage und die Schrittfolge erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik.*“
Weiter werden Widersprüche benannt, die eher für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung sprechen wie z.B. Flexibilisierung, Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, der hohe Leistungsdruck in den Betrieben, die Zunahme von Nacht- und Wochenendarbeit, uneinheitliche Arbeitszeiten in

Betrieben und Branchen; von Zeitsouveränität ist die Rede wie von Work-Life-Balance und „Fachkräftemangel" – und aus all dem werden „unterschiedliche Interessenlagen" von Belegschaften konstruiert, die „*unter den veränderten Wettbewerbsbedingungen verstärkt selbst als Akteure in der (Standort)Konkurrenz handeln. (...) Eine neue arbeitszeitpolitische Initiative der Gewerkschaften, die sowohl die verschiedenen individuellen Arbeitszeitinteressen und - wünsche der Beschäftigten stärkt als auch an gemeinsame Interessenlagen der Beschäftigten anknüpft und sie vertritt, könnte ein wesentlicher Mos*aikstein einer gesellschaftlichen Arbeitszeitkampagne werden", so der Schlusssatz der Erklärung der IG Metall. Steffen Lehndorff orientiert in diesem Kontext schon lange darauf, „*durch Vielfalt zur Einheit*" zu kommen (10), ohne dass das eine oder das andere zu erkennbaren Schritten in diese Richtung führte.

Worauf kommt es nun an?

Die Arbeitszeitpolitik steht wieder in der Debatte - voranzubringen ist sie letztlich nur mit Gewerkschaften und deren Bündnispartnerinnen auch in der Politik, also auch durch linke, sozialistische und kommunistische Partein. In der betrieblichen Praxis ist es wichtig, Arbeitszeitverlängerungen zu stoppen und Wege zu guter Arbeit und mehr guten Arbeitsplätzen zu erkunden und durchzusetzen. Dabei stößt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf Unsicherheit und Ängste. Oft ist es schwierig, diese Debatte zu führen, weil schlechte Erfahrungen mit Leistungsverdichtung und Lohnkürzungen gesammelt wurden und den Belegschaften der Gegenwind der Krise und der herrschenden Politik ins Gesicht weht. Deshalb muss den Gewerkschaften am Projekt Arbeitszeitverkürzung praktische politische und wissenschaftliche Unterstützung zuteilwerden!

Die soziale und demokratische Bewältigung der gegenwärtigen Krisen erfordert eine aktive Gegenwehr der Gewerkschaften. Es ist geboten, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für eine Wende zu streiten und zu kämpfen. Der Kampf gegen Massenerwerbslosigkeit und für eine faire Teilung der Arbeit gehört in den Mittelpunkt der Lösungsalternativen.

Eine der Ursachen der seit Jahren betriebenen Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen ist die Massenerwerbslosigkeit, sind Millionen Menschen die als Leiharbeiter unter diskriminierenden Bedingungen arbeiten. Immer mehr Erwerbstätige sind gezwungen, ergänzende Sozialleistungen zu beziehen, um überleben zu können. Schlimmer noch sind die Bedingungen in vielen Staaten der EU. Besonders alarmierend: In Spanien ist inzwischen jede vierte erwachsen Person und jeder zweite Jugendliche erwerbslos, in Griechenland gar jede dritte erwachsene Person und auch jeder zweite Jugendliche.

In der Arbeitswelt herrscht ein Klima der Angst, das die Beschäftigten wie die Gewerkschaften immer wieder zu Zugeständnissen zwingt. Die Lohnsenkungen und die Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen um fast 800 Milliarden € in den letzten 10 Jahren sind Folgen der Massenerwerbslosigkeit. Stress und psychosomatische Erkrankungen sind Folgen des Drucks, der dadurch aufrechterhalten wird. Die Angst, den Job zu verlieren und in das erniedrigende Hartz-IV-System abzurutschen, bestimmt das Verhalten vieler Menschen.
Diese Angst blockiert kreative Potentiale der Gesellschaft. Politikverdrossenheit als Folge elitärer Entscheidungszirkel sind Signale des gesellschaftlichen Rückschritts. Sie sind Wasser auf die Mühlen antidemokratischer Kräfte. Dauerhafte Massenerwerbslosigkeit und prekäre Lebensbedingungen sind wesentliche Ursachen für die schleichende Erschütterung des sozialen Lebens, die Unterordnung der Arbeitswelt unter das Diktat der Unternehmer, die gezielte Schwächung der Gewerkschaften und die Entstehung eines Systems der Umverteilung von der Lohn- zur Kapitalseite.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes (Agenda 2010) hat diese Entwicklung dramatisch verschärft, denn sie zielt auf den ruinösen Wettbewerb unter der arbeitenden Bevölkerung und auf Lohnsenkung. Unter anderem dadurch sind riesige Profite entstanden, die den Finanzsektor aufgebläht, der Spekulation Auftrieb gegeben und die Krisen ausgelöst haben. Den Gewerkschaften wurde die Gestaltungsmacht für soziale Reformen und die notwendige Arbeitszeitverkürzung geraubt. Es ist keineswegs zufällig, dass die deutsche Regierung und die Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfond die Deregulierung des Arbeitsmarkts in Spanien und Griechenland zum untrennbaren Bestandteil der Sparpolitik dieser Länder erklärt hat. Die Lautsprecher des neoliberalen Systems sind mit Legenden von Vollbeschäftigung, Fachkräftemangel und demographischem Wandel dabei zu erklären, bald länger arbeiten zu müssen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel „Kurze Vollzeit für alle" außerordentlich an Bedeutung. Eckart Spoo, der Journalist und ehemalige Vorsitzende der dju sowie Detelf Hensche, der ehemalige Vorsitzende der IG Medien fordern unisono von Gewerkschaften und linken Parteien, sich in der Arbeitszeitfrage zu bewegen: „Wenn die Linke tatsächlich Mehrheiten gewinnen will, sollte sie sich für ein solidarisches und freiheitliches Regime kürzerer Arbeitszeit einsetzen," (11) – dieses auch als Unterstützung für Gewerkschaften, die „täglich alle Kräfte aufbieten (müssen), um überhaupt Tarifbindung zu erhalten und um die Mitglieder vor gravierenden Einkommensverlusten zu schützen."

Arbeitszeitverkürzung kann wöchentlich, täglich, durch Sabbatical, im Rahmen von Projekten, verlängertem Urlaub etc. umgesetzt werden: Es muss nur verbindlich sein. Das ist nicht allein eine tarifpolitische, sondern eine gesellschaftliche Angelegenheit. Die tatsächliche durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland beträgt gegenwärtig ca. 30 Stunden in der Woche. Nur ist sie ungleich verteilt: Überarbeit auf der einen Seite, erzwungene Teilzeit oder gar Erwerbslosigkeit auf der anderen Seite. Eine faire Teilung der Arbeit trägt den Interessen der Beschäftigten wie der Erwerbslosen Rechnung.
Arbeitszeitverkürzung ist auch die logische und historisch konsequente Antwort auf die Produktivitätssteigerungen, die oberhalb der Wachstumsraten liegen und zu Erwerbslosigkeit führen. Soll dieses neoliberale Gesellschaftsmodell überwunden werden, muss das Überangebot an Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung aufgelöst werden.

Es ist an der Zeit, durch eine gesellschaftliche Allianz der arbeitenden Menschen und ihrer gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungen zusammen mit Sozialverbänden und Kirchen, Umweltverbänden und zivilgesellschaftlichen Kräften gemeinsam das Ende des Neoliberalen Modells einzuleiten und diesen Rückschritt in der Menschheitsgeschichte zu beenden. Einer der Schlüssel für diese Perspektive ist die Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel, das verfügbare Arbeitsvolumen fair zu verteilen zwischen den Geschlechtern, den Generationen und den Regionen.

Wir sollten eine solche gesellschaftliche und gewerkschaftliche Kampagne für große Schritte der Arbeitszeitverkürzung vorbereiten und tatkräftig unterstützen!

„*Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produk-tion. ... Mit seiner (des Menschen) Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse sich erweitern; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. ... Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung.*“(12)

Anmerkungen:

1) http://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen
2) Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 42, Berlin 1983; S. 119 (http://web.archive.org/web/20060206182838/http://www.hkwm.de/inkrit/framu/bibliothek/grundrisse/MEW42.PDF)
3) Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 20.9.2008 mit Bundestags- und Europaabgeordneten der Linken sowie ArbeitszeitpolitikerInnen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen; am 30.6.2011 eine bundesweite Tagung in Hannover unter Beteiligung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, der Attac AG ArbeitFairTeilen, ver.di Landesbezirk Niedersachsen / Bremen, der RLS Nds., der Katholischen Arbeitnehmer- Bewegung und dem BUND; am 23.2.2012 in Bremen durch die Bremer Arbeitszeitinitiative mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, Betriebsräten und Sportvereinen; am 23./24. März 2012 in München mit einem ähnlichen Kreis von Beteiligten; eine Befragung der Fachbereiche und Bezirke bei ver.di sowie Beratungen und Beschlussfassungen auf den jüngsten Gewerkschaftstagen von IG Metall und ver.di; siehe auch Debatte und Programm der Partei Die Linke: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf
4) Ossietzky Sonderdruck, Hannover, Mai 2011
5) Quelle: Destatis, VGR, Lange Reihe ab 1970
6) Detje und König schreiben im Widerspruch dazu: „Aus den Krisenjahren 2008-2010 sind die Gewerkschaften – entgegen allen historisch gesättigten Erfahrungen – gestärkt hervorgegangen.“ (SOZIALISMUS 2/2013) 10) http://www.gegenblende.de/++co++253b29e2-b764-11df-7d4b-001ec9b03e44
7) Destatis , https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/ArbeitnehmerverdiensteLangeReihePDF_2160240.pdf?__blob=publicationFile sowie Statista http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1046/umfrage/inflationsrate-veraenderung-des-verbraucherpreisindexes-zum-vorjahr/
8) http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m0413.pdf
9) Co-Manager Klaus Franz, siehe auch http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/opel-betriebsrat-franz-wo-schweigen-gold-gewesen-waere-1.35387
10) http://www.gegenblende.de/++co++253b29e2-b764-11df-7d4b-001ec9b03e44
11) „Wo bleibt das Linke Projekt“ in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 2012
12) Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Berlin 1974. S. 828

Das höchste Gremium von Attac Deutschland, der Ratschlag (Mitgliederversammlung) hat am 21. April 2013 in Leipzig im Konsens folgende Resolution mit dem Titel "*30-Stunden für Europa bei vollem Lohn- und Personalausgleich*" verabschiedet:

„Der Attac-Raschlag fügt den Forderungen von Attac die Forderung „30-Stunden für Europa bei vollem Lohn- und Personalausgleich“ hinzu. Die Diskussion um die Einführung einer 30-Stunden-Woche ist innerhalb von Attac geführt worden und soll intensiviert werden. Attac fordert die Politik, die Gewerkschaften, die sozialen Akteure und die Gesellschaft auf, die Diskussion aufzunehmen und sich in den Diskurs einzubringen.“



Die Autorinnen und Autoren verbinden Forderungen wie Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Strategien der Arbeitsumverteilung, Grundeinkommen und geschlechtergerechte Arbeitsverhältnisse zu einem gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept.

Die Arbeitszeit gewinnt für alle an Bedeutung. Sozialbewegungen, Kirchen, Frauenbewegung und andere streben das gleiche Ziel an. Deshalb ist es sinnvoll, dazugehörige Projekte gemeinsam zu diskutieren: Geschlechtergerechtigkeit, Anspruch auf ein Leben in Würde, demografische Entwicklung und Gesundheit. Arbeitszeitverkürzung erfordert zudem einen Mindestlohn als Schutz vor Lohnsenkung und eine armutsfeste Grundsicherung. Arbeitszeitverlängerungen müssen entschlossen zurückgewiesen werden. Vom Parlament verlangen die AutorInnen ein Gesetz, um freiwillige Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichen. Das Arbeitsvolumen wird weiter sinken. Der Traum der Menschen, für ein gutes Leben weniger hart arbeiten zu müssen, wird wahr; dadurch wird die Umwelt geschont und mehr Zeit gewonnen zum Leben, Lernen, Lieben und Lachen!

„Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup und Prof. Dr. Mohssen Massarrat: *http//www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Arbeitfairteilen/Manifest.pdf*

SiG 34 - Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen - 30 Stunden sind schon lange genug - Arbeit solidarisch verteilen

Mohssen Massarrat: Weniger Erwerbsarbeit und mehr Lebensqualität als Alternative zu Massenarbeitslosigkeit und neoliberaler Diktatur: 30 Stunden-Woche für Europa

Winfried Wolf: 30 Stunden Woche: Ein strategisches Projekt

Sybille Stamm: Hegemonie über die Zeitfrage

Stefan Krull: 30 Stunden sind schon lange genug

Thomas Sablovsky: Wachstum reicht nicht

Fritz Vilmar: Vier Teilstrategien

Klartext: Arbeitslose als Faulenzer

Joachim Guilliard



Gezielte Zerstörung – Zehn Jahre Krieg der USA in Irak

Der Staat wurde zerschlagen, die Wirtschaft ruiniert, die Gesellschaft fragmentiert und die nationale Kultur liquidiert

„Tatsächlich wurde das Leben wie ein Film in Zeitlupe, bei dem am Ende jeder stirbt.“
Majeed U. Jadwe, Professor für englische Literatur an der Anbar Universität in Ramadi



10.Mai 2013
Am 1. Mai 2003 hatte US-Präsident George W. Bush seinen großen Auftritt: Er landete vor laufenden Kameras bei untergehender Sonne auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln und erklärte die seit dem 20. März andauernden Kampfhandlungen im Irak für beendet. „Mission accomplished – Mission erfüllt" stand auf einem riesigen Transparent im Hintergrund. Es war eine grandiose Fehleinschätzung. Ein Jahr später fielen mehr US-Soldaten monatlich im Kampf als während der gesamten sechswöchigen Invasion und als die USA Ende 2011 ihre regulären Truppen aufgrund des immer breiteren Widerstands gegen ihre Präsenz abziehen mussten hatten sie kaum eines ihrer Kriegsziele erreicht. Doch auch den Irakern stand an diesem 1. Mai 2003 – nach sechs Wochen Bombardement und Bodenkrieg, der ihr Land nach dem sogenannten Ersten Golfkrieg 1990/91 zum zweiten Mal verwüstete – die schlimmste Zeit erst noch bevor. In den folgenden 10 Jahren wurden weit über eine Million Iraker getötet, mehr als vier Millionen vertrieben, der Staat zerschlagen, die Wirtschaft ruiniert und die Gesellschaft fragmentiert.

In den Medien durchbrach der 10. Jahrestag für eine Weile die Funkstille, die seit langem zum Irak herrscht. Die Berichte und Analysen zogen zwar meist eine eher kritische Bilanz des Krieges und seiner Folgen, blieben aber letztlich so oberflächlich und beschönigend wie in den vergangenen zehn Jahren. Es wurde nicht einmal ansatzweise versucht, das wahre Ausmaß des gewaltigen Absturzes der irakischen Gesellschaft zu ermessen. Vor allem aber wurde – in Fortsetzung der alten Komplizenschaft mit der US-geführten Besatzung – die Verantwortung für die Katastrophe weniger den Invasoren und Okkupanten zugeschrieben, sondern hauptsächlich den Irakern selbst. Die Rede ist von Fehlern, einer gescheiterten Politik, einer schlechten Bilanz usw. Es wird über ein Krieg diskutiert als handle es sich um eine missglückte chirurgische Operation – für die einen überflüssig oder zu teuer, für andere zu stümperhaft durchgeführt. Doch keines der führen-den Medien bezeichnete ihn als das, was er offensichtlich ist: ein brutales, gewal-tiges Verbrechen, eines der größten seit dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl kaum jemand bestreitet, dass der Krieg eine völkerrechtswidrige Aggression darstellt – und damit nach dem Urteil des Nürnberger Tribunals das schlimmste aller internationalen Verbrechen – wird er im Westen bis heute nicht als solches anerkannt, geschweige denn geahndet.

Das offizielle Washington, seit langem bemüht, Gras über das missglückte Unternehmen wachsen zu lassen, widmete dem Jahrestag wenig Aufmerksamkeit. Präsident Barack Obama begnügte sich mit einer halbseitigen schriftlichen Erklärung, in der er den US-Truppen, die im Irak im Einsatz gewesen waren, seine „Hochachtung“ aussprach, und sie lobte, dort „eines der außergewöhnlichsten Kapitel im militärischen Dienst“ geschrieben zu haben. Durch ihre Aufopferung hätten sie den Irakern die Möglichkeit gegeben, „nach vielen Jahren der Not ihre eigene Zukunft zu schmieden.“[1] Im Irak werden dem nur wenige zustimmen.

„No Future“

Das Urteil der paar **Iraker**, die in den westlichen Medien zu Wort kamen, fiel durchweg vernichtend aus, auch das derer, die den Sturz Saddam Husseins 2003 begrüßt hatten. Der Irak sei nun »ein komplett gescheiterter Staat«, schrieb beispielsweise der irakische Schriftsteller Najem Wali in der taz vom 19. März 2013. Statt der erhofften Demokratisierung und dem Wiederaufbau hätten die britisch-amerikanischen Truppen nur Angst und Zerfall über das Land gebracht. [Hunderte Milliarden Dollar flossen in den letzten neun Jahren in den Staatshaushalt, „nichts von diesen Geldern spiegelt sich in den Straßen des Landes wieder!“ Überall sehe man Schulen mit gähnenden Löchern anstelle von Türen und Krankenhäuser in katastrophal unhygienischem Zustand.] [2]
Persönlich sei er nun wahrhaftig schon zweimal gestorben, versichert der irakische Rechtsanwalt Sabah Al-Mukhtar, Präsident der Arabischen Anwaltsvereinigung in Großbritannien, in seiner Bestandsaufnahme im März 2013 in der schwedischen Zeitschrift Brännpunkt: Zunächst 1991, als er von London aus zusehen musste, wie sein Land zerstört wurde und er einen Monat lang nichts von seinen Familienangehörigen hörte. Das zweite Mal am 9. April 2003, als „seine Stadt, sein Land, seine Identität, seine Ehre und sein Glauben von den neuen Barbaren mehrfach vergewaltigt wurden.“ Seither sei er ein völlig anderer Mensch. Keiner seiner vielen Verwandten hatte bis dahin vor, das Land zu verlassen, und er galt aufgrund seiner frühen Auswanderung fast als Abtrünniger. Nun sind sie alle über zahlreiche Länder verstreut[, mit Ausnahme seines Vaters, der zu alt ist und einer Schwester, die ihn nicht verlassen will]. Fast ein Viertel der seiner Landsleute wurde „im ‚befreiten‘ und ‚demokratischen‘ neuen Irak“ zu Flüchtlingen, so Al-Mukhtar. und Bagdad sei heute die schlimmste Stadt in der Welt. Vor 2003 gab es keine religiöse Diskriminierung und konfessionelle Spannung. Doch „Teile und herrsche ist die Methode zu dominieren und den Opfer auch noch die

Schuld zuzuschieben und sie zu dämonisieren.“ [3]
„*Tatsächlich wurde das Leben wie ein Film in Zeitlupe, bei dem am Ende jeder stirbt“* so das Fazit von Majeed U. Jadwe, Professor für englische Literatur an der Anbar Universität in Ramadi[4]

Berichte von UN-Organisationen und NGOs bestätigen das düstere Bild. “*Die Infrastruktur, das Gesundheits- und das Bildungssystem des Iraks* sind nach wie vor vom Krieg verwüstet,“ so das Fazit des „Costs of War Project“ an der renommierten Brown University im US-Bundesstaat Rhode Island. Von dem „Wiederaufbau“, in den seit 2003 etwa 212 Milliarden Dollar geflossen sind – davon 61 Milliarden aus den USA und 138 Milliarden aus dem Irak – ist wenig zu sehen. Der größte Teil dieses Geldes, wurde für die militärische Herrschaftssicherung ausgegeben oder ging durch Vergeudung und Betrug verloren.[5]

Die Hälfte der erwerbsfähigen Männer ist arbeitslos oder unterbeschäftigt, Frauen wurden weitgehend aus dem Erwerbsleben gedrängt. Ein Viertel der Bevölkerung lebt in extremer Armut, die Lebenserwartung sank im Vergleich zu den Nachbarstaaten um vier Jahre. Rund 3 Millionen Kinder sind laut einer UNICEF-Studie ohne adäquate Gesundheitsversorgung.1,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind akut unterernährt, 100 von ihnen sterben jeden Tag.[6] Der Irak war 1987 von der UNESCO für sein Bildungswesen ausgezeichnet worden, nun liegt die Analphabetenrate bereits wieder über 22 Prozent und liegt bei Frauen in manchen Gegenden schon bei 40 bis 50 Prozent.

Dieser fortwährende Niedergang wird im Westen weitgehend ignoriert. Washington und London seien zudem eifrig bemüht, die überwältigenden Beweise dafür herunterzuspielen, dass ihre Invasion eines der dysfunktionalsten und betrügerischsten Regime geschaffen habe, stellte Patrick Cockburn fest, der Nahostexperte der britischen Tageszeitung Independent. So schlimm die Situation aktuell ist, so kann sie bald noch wesentlich schlechter werden, befürchtet der ausgezeichnete Kenner des Landes.[7]
„*Es gibt keine Zukunft für uns Iraker*“ so der Tenor der Leute, mit denen der US-Journalist Dahr Jamail in Bagdad sprach. [„*Konfessionelles“ Sektierertum ist überall und das Morden nahm wieder Einzug in Bagdad*“ so ein Bekannter aus früheren Aufenthalten „*Tag für Tag wird Situation schlimmer“* und es drohe ein „*Konfessionskrieg*“.] [8]

Chaos und Gewalt

Die Zahl politisch motivierter Gewalttaten nimmt wieder stetig zu. Täglich gibt es Bombenexplosionen, Entführungen und Morde. Anschläge auf Schiiten, für die Al-Qaida-nahe Gruppierungen verantwortlich gemacht werden, Attentate auf sunnitische Politiker, die die Handschrift von Todesschwadronen tragen, und nicht zuletzt die massive Repression des Regimes. Premierminister Nuri Al-Maliki hat mittlerweile die Macht völlig in seinen Händen konzentriert. Er erhielt 2006 das Amt, weil er einer der wenigen schiitischen Politiker war, die sowohl für die Besatzer als auch für den Iran akzeptabel waren – eine gemeinsame Gabe des »Großen Satans“ (USA) und der „Achse des Bösen“, wie ein irakischer Beamter damals sarkastische bemerkte.
Ursprünglich ohne eigene Hausmacht, brachte er mit Hilfe der beider Staaten den Regierungsapparat, die Armee, die Geheimdienste und die Gerichtshöfe unter seine Kontrolle und schafft sich seither eine Basis, indem er seiner Gefolgschaft den Löwenanteil an Jobs und staatlichen Aufträgen zukommen lässt. Die Kontrolle über den Machtapparat nutzt Al-Maliki rücksichtslos gegen seine Gegner aus, auch innerhalb der Regierung. Tausende Iraker werden ohne Gerichtsverfahren gefangen gehalten heißt es im jüngsten Report »*Ein Jahrzehnt der Menschenrechtsverletzungen*« von Amnesty International. Ehemalige Gefangene berichteten, daß sie durch Folter gezwungen wurden, schwerste Verbrechen zu gestehen. Viele wurden bereits auf Grundlage der erpressten Geständnisse zum Tode verurteilt.[9] Von 2004 bis Februar 2013 sind offiziell 447 Menschen hingerichtet worden. Ehemalige Gefangene gehen jedoch von einer wesentlich höheren Zahl aus.[10]
Bereits im März wurden 33 weitere Männer gehängt. 150 Exekutionen sol-len in den kommenden Wochen folgen. »*Menschen in Chargen zu exekutieren, ist obszön*«, empörte sich daraufhin im März die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. „*Es ist, als ob man Tiere im Schlachthaus abfertigt“*. [11]

Teile und herrsche

Die Besatzer haben „*ihr eigenes Erbe von Menschenrechtsverletzungen hinterlassen*“, schreibt Amnesty International. Die Organisation bezieht sich dabei jedoch nur auf die Reihe bekanntgewordener Vergehen, wie die Folterungen im Gefängnis von Abu Ghraib, und nicht auf die Besatzungspolitik als Ganzes. Und dort, wo diese in den vielen 10-Jahres-Bilanzen für die desolate Situation im Irak mitverantwortlich gemacht wurde, war in der Regel nur von erheblichen Fehlern, mangelnder Planung etc. die Rede.
Zwar spielten Unfähigkeit, Überheblichkeit, Ignoranz usw. sicherlich auch eine Rolle, in erster Linie ist die katastrophale Entwicklung ist in erster Linie jedoch die vorhersehbare Folge einer Eroberungs- und Besatzungspolitik, für die Stabilisierung und Demokratisierung keine Priorität hatte. Sie zielte auch nicht nur auf die bloße Ersetzung einer unliebsamen Regierung durch US-hörige Marionetten und den direkten Zugriff aufs irakische Öl. Ziel war vor allem die nachhaltige Zerstörung einer Regionalmacht und die permanente Stationierung eigener Truppen – als Ausgangsbasis für die Umgestaltung bzw. Unterwerfung der gesamten Region.
Allen Warnungen zum Trotz wurden daher Armee und Polizei aufgelöst und die staatlichen Strukturen weitgehend zerschlagen. Da die Besatzer nur mit einem Drittel der Truppenstärke einmarschierten, die der US-Generalstab ursprünglich als notwendig für die Kontrolle eines Landes dieser Größe erachtete, war der Zusammenbruch jeglicher Ordnung unausweichlich. Um den aufkommenden Widerstand zu schwächen, betrieb man zudem die Spaltung der Bevölkerung, indem Volkszugehörigkeit und Religion zum bestimmenden politischen Faktor gemacht wurden und alle politischen Institutionen, ebenso Polizei und Armee, konsequent nach völkischen und konfessionellen Kriterien neu aufgebaut wurden.
Auf dieser Basis schuf der von den USA eingeleitete „politische Prozess“ ein abhängiges Regime, getragen von extremistischen Parteien, die im Windschatten der Besatzung ihre separatistischen bzw. sektiererisch-islamistischen Ziele verfolgen. Ihre Milizen erhielten nicht nur freie Hand zur Jagd auf ihre Gegner, sondern auch die aktive Unterstützung der Besatzer.

„Salvador Option“

Ein Anfang März ausgestrahlter Dokumentarfilm von Guardian und BBC schildert detailliert, wie US-General David Petraeus, der später Oberkommandierender in Irak und Afghanistan wurde, mit den beiden ehemaligen US-Offizieren James Steele und James Coffman ab 2004 irakische „Spezialpolizeikommandos“ und ein Netz von geheimen Kerkern aufgebaut haben, in denen unter Anleitung und Führung US-amerikanischer Spezialisten systematisch und auf brutalste Weise gefoltert wurde. Aus-

gangspunkt der 18-monatigen Recherchen der Autoren waren die Irak-Kriegs-Protokolle der US-Armee, die der Nachrichtenanalyst Bradley Manning der Enthüllungsplattform Wikileaks zugespielt hatte und die vielfältige Hinweise für einen verdeckten, »schmutzigen Krieg« enthalten (siehe jW-Thema vom 10.4.2013, Stellungnahme des US-Soldaten Bradley Manning in einer Anhörung vom 28. Feb. 2013, *http://www.jungewelt.de/2013/04-10/003.php*). Insgesamt acht Milliarden Dollar wurden für diese Form der Bekämpfung ihrer irakischen Gegner aus einem inoffiziellen US-Fonds zur Verfügung gestellt. So konnte „*General Petraeus viel tun, damit die Polizeikommandos zu gefürchteten Todesschwadronen werden*,“ schrieben Mona Mahmood und Maggie O'Kane, zwei Autorinnen der Doku, in einem Gastbeitrag am 28. März 2013 für die Wochenzeitung „Freitag“. Die Guardian-Dokumentation zeigt zwar nur die Spitze des Eisbergs, lässt aber kaum Zweifel, dass die Counterinsurgency-Politik direkt von der Bush-Regierung angeordnet worden war. Präsident Bush, sein Vize Dick Cheney und Pentagon-Chef Donald Rumsfeld waren offensichtlich auch über die Art und Weise der Umsetzung stets gut unterrichtet. Steeles und Petraeus' Kurzberichte seien in Washington sehr gefragt gewesen und direkt auch an Bush und Cheney gegangen, so Pentagon-Mitarbeiter gegenüber dem Guardian.

Neu sind die Enthüllungen des Filmreports allerdings keineswegs (siehe jW-Thema vom 12.7.2006). Niemand in Washington und den europäischen Hauptstädten kann sich herausreden, er habe bisher davon nichts gewusst. Seymour M. Hersh, einer der renommiertesten investigativen Journalisten der USA, berichtete schon im Dezember 2003 über Pläne des Pentagons, den irakischen Widerstand, der ihnen nach wenigen Monaten bereits schwer zusetzte, auf diese Weise zu brechen. [12]
Laut Newsweek vom Januar 2005 lief das Vorhaben intern unter der Bezeichnung „*Salvador Option*“ – in Anknüpfung an die erfolgreiche Anwendung von staatlichem Terror, Folter und Mord gegen oppositionelle Kräfte in Mittelamerika. [13] Insbesondere Steele, hatte sich da-bei als Kommandeur der US-Spezial-kräfte in El Salvador einen Namen gemacht. Aber auch Petraeus war als ehrgeiziger junger Major eine Zeitlang dort, um die „erfolgreiche“ Aufstandsbe-kämpfung zu studieren, in deren Zuge 75.000 Salvadorianer getötet wurden. [14] Unter seiner Federführung entstand das seit 2007 gültige Feldhandbuch dazu, das „Counterinsurgency Field Manual FM 3-2.
Peter Maass von der New York Times lieferte im Mai 2005 erste ausführliche Informationen über den Aufbau und den Einsatz einiger von „US- Beratern“ angeleiteten Spezialpolizeikommandos. [15] Die USA rekrutierten, trainierten und finanzierten schließlich mindestens 27 dieser berüchtigten paramilitärischen Verbände, die ab 2005 Zehntausende inhaftierten, folterten und ermordeten.

Es war auch kein großes Geheimnis, dass sich der schmutzige Krieg gegen die gesamte Bevölkerung in den überwiegend sunnitischen Zentren des Widerstands gegen die Besatzung richtete: „*Die sunnitische Bevölkerung zahlt für die Unterstützung der Terroristen keinen Preis*“, zitierte 2005 Newsweek einen Offizier aus dem Pentagon. „*Aus ihrer Sicht ist das kostenlos. Wir müssen diese Gleichung ändern*.“

Das taten die Besatzer gründlich. Ab Sommer 2004 nahmen sie – trotz eindringlicher Warnungen aus den Reihen ihrer irakischen Verbündeten – auch Angehörige einiger der berüchtigten schiitischen Milizen in die »Spezialpolizei« auf, darunter zahlreiche Kämpfer der Badr-Brigaden des radikal-schiiti-schen „Obersten Islamischen Rats im Irak“ (SIIC, vormals SCIRI), eine der Parteien, die von den Besatzern an die Hebel Macht gebracht wurde. Sie konn-ten nun mit US-Unterstützung die Jagd auf ehemalige Angehörige der Baath-Partei und sunnitische Nationalisten aufnehmen. Für viele von ihnen wurden so die schiitischen Milizen zunehmend zum Hauptfeind, und Al-Qaida naheste-hende sunnitische Gruppen erhielten Zulauf.[16]
[Die ab da schon stetig wachsende Zahl der Attentate, Entführungen und Exekutionen nahm ab Mai 2005, mit dem Amtsantritt der ersten schiitisch-kurdischen Regierung, sprunghaft zu. Allein das Bagdader Leichenschauhaus registrierte von nun an acht bis elfhundert Tote im Monat. Nach Ermittlungen von John Pace, bis Februar 2006 Direktor des Menschenrechtsbüros der UNO im Irak, waren für den größten Teil der Mor-de schiitische Milizen und Sicherheits-kräfte verantwortlich, die unter Kontrolle des SIIC und des von ihm besetzten Innenministeriums standen .[17]]
Die so entfachten konfessionellen Auseinandersetzungen erreichten zwischen 2006 und 2008 ihren Höhepunkt (siehe jW-Thema vom 1.12.2008 und 2.1.2009). Sowohl bei diesen schweren Kämpfen als auch bei den ab 2007 ebenfalls eskalierenden Angriffen der US-Armee auf die Hochburgen des Widerstands in Bagdad und in den zentralirakischen Städten wurden vermutlich fast eine Million Menschen getötet und mehrere Millionen vertrieben – meistens Sunniten. Zuvor mehrheitlich sunnitische Stadtteile Bagdads waren auf nächtlichen Satellitenaufnahmen nun deutlich als dunkle, fast lichtlose Flecken erkennbar.

Ab 2007 firmierten die berüchtigten Spezialpolizeikommandos als »Nationale Polizei«. Parallel dazu wurden von »Green Berets«, ein Sonderkommando der US-Streitkräfte, die Spezialtruppe Al-Malikis aufgebaut, die bald als die schlagkräftigsten irakischen Sondereinheiten galten.

„Kulturelle Säuberung“

Neben der Auflösung bisheriger staatlicher Strukturen betrieben die Besatzer auch die Zerstörung des kulturellen und gesellschaftlichen Erbes. So ließ man nicht nur alle Ministerien, mit Ausnahme des Öl- und des Innenministeriums, mitsamt ihren Unterlagen abfackeln, sondern auch Museen und Bibliotheken plündern und brandschatzen. Wie viele Eroberer vor ihnen versuchten offensichtlich auch die britisch-amerikanischen Invasoren, durch die Zerstörung von Kultur und Identität und durch die Ausschaltung der intellektuellen Eliten das Wiedererstarken einer eigenständigen Nation langfristig zu unterbinden.

Opfer von Mord und Vertreibung wurden daher auch die intellektuellen Eliten des Landes. Tausende Ärzte, Wissenschaftler, Fachleute und Künstler wurden von Todesschwadronen ermordet, verschwanden in Kerkern oder mussten ins Ausland fliehen. Experten sprechen in diesem Zusammenhang schon von „*kulturellen Säuberungen*“, so auch die Autoren des von Raymond Baker, Shereen Ismael und Tareq Ismael Juni 2009 herausgegebenen englischsprachigen Sammelbandes „*Kulturelle Säuberung im Irak – warum Museen geplündert, Bibliotheken verbrannt und Akademiker ermordet werden*“. Das von ihnen zusammengetragene Material »*zeigt auf überzeugende Weise die umfassende Zersetzung der einheitlichen Kultur unter der Besatzung und den Ausbruch sektiererischer Feindseligkeiten, die es zuvor nicht gab*“, fasste der ehemalige UN-Koordinator für die humanitäre Hilfe im Irak, Hans von Sponeck, einen der wichtigsten Punkte zusammen. Die Autoren liefern zahlreiche Beweise und

Indizien dafür, daß es systematische Pläne gab, „d*en Irak seines Gehirnes zu entledigen*“.

[Ziel war die „Formbarkeit“ der irakischen Gesellschaft durch Beseitigung des Teils der Intelligenz, den eine so komplexe Gesellschaft für ihren Zusammenhalt braucht, wie auch die Zerstörung der „*zeitlosen und ineinander verwobenen Kultur*“ – beides „e*ntscheidend für die Anerkennung der einheitlichen Identität*“ des Landes und des „*hart erarbeiteten Nationalbewußtseins durch die verschiedenen Völker des Irak*“, so der Amtsvorgänger Hans v. Sponecks im Irak, Dennis Halliday.]

Immunität für Massenmörder

Obwohl der Irak-Krieg auch für die USA ein Desaster ist, mit 4.500 gefallenen und zehntausende kriegsversehrten oder schwer traumatisierten Soldaten sowie Kosten von mindestens zwei Billionen Dollar[18] hatte er im Unterschied zum Vietnamkrieg keinerlei politische Konsequenzen. Obama hat den „Blick nach vorne“ verordnet und eine juristische Aufarbeitung der vielfältigen Verbrechen der Regierung seines Vorgängers unterbunden. Auch in der Öffentlichkeit findet keine breitere Debatte darüber statt. Die großen Medien hatten den Krieg unterstützt und möchten ihn nun am liebsten vergessen lassen. Die verantwortlichen Politiker müssen daher nicht einmal um ihr Ansehen fürchten. Viele sind noch voll im Geschäft und gefragte Gesprächspartner wenn es um die US-Politik gegenüber Korea, Syrien oder Iran geht.
In Europa ist Situation kaum anders. Mit Tony Blair konnte so einer der Hauptkriegsverbrecher sogar zum Sondergesandten des Nahost-Quartetts aus USA, EU, Russland und UNO werden.

Dabei sind die Besatzungsverbrechen sehr gut dokumentiert. Zahlreiche Menschenrechts-, Friedens- und Solidaritätsorganisationen, Anwaltsvereine und Parteien, Politiker, Juristen, Intellektuelle, Journalisten und sonstige Aktivisten sammelten Beweise und führten weltweit Tribunale „von unten“ durch. Die umfassendsten waren das Welttribunal 2005 in Istanbul und die Kriegsverbrechertribunale im November 2011 und Mai 2012 in Kuala Lumpur. Letztere wurden unter der Schirmherrschaft des früheren malaysischen Premierministers Tun Mahathir bin Mohamad durchgeführt. Die Ergebnisse der Tribunale gingen u.a. auch an den UN-Menschenrechtsrat und den Internationalen Strafgerichtshof – bisher ohne greifbare Resultate. [19]

Die beharrliche Arbeit von Gruppen wie der belgischen »BRussells Tribunal«-Initiative und die Klagen von Anwaltsvereinigungen vor nationalen Gerichten in Staaten, in denen dies im Rahmen universeller Gerichtsbarkeit für Menschenrechtsverbrechen möglich ist, sorgen mit kleinen Nadelstichen dafür, dass das Thema wenigstens auf der Agenda bleibt. Dies ist bitter nötig. Die absolute Immunität, nicht nur in strafrechtlicher Hinsicht, sondern auch in Bezug auf gesellschaftliche Reputation, ebnete schließ-lich den Weg zu weiteren Aggressionen: Präsident Obama eskalierte nach seinem Amtsantritt den Krieg in Afghanistan und den angrenzenden pakistanischen Gebieten. Mit dem Überfall auf Libyen 2011 zerschlug ein von den USA, Frankreich und Großbritannien geführtes Kriegsbündnis den Staat Nordafrikas mit dem höchsten Lebensstandard. Aktuell droht die Intervention der NATO in Syrien, den letzten säkularen arabischen Staat ebenso in den Abgrund zu stürzen wie den benachbarten Irak.

----

[1] Statement by the President on the 10th Anniversary of the Iraq War, The White House, Office of the Press Secretary, 19.3.2013
[2] Najem Wali, 10 Jahre nach dem Irakkrieg – Ein komplett gescheiterter Staat, taz, 19.03.2013
[3]</a Sabah Al-Mukhtar, Bearing my Sole – Taking stock ten years afterwards, engl. Version des Artikels in Brännpunkt Irak 7, Zeitschrift der „Irak Solidaritet Schweden
[4] Majeed U. Jadwe, Iraqi professor: “Life became like a slow film in which everyone dies” What has the last decade been like in Iraq? Explosions, rubble and the feeling that a gun was always at your head, Salon, 19.3.2013
[5] Costs of War Project</a, Watson Institute for International Studies at Brown University, 14.3.2013, Iraq war costs U.S. more than $2 trillion: study, Reuters, 14.3.2013, siehe auch US 'shock and audit' over Iraq expenses, Al Jazeera, 27.3.2013
[6] The country is one of the most insecure places in the world for children, Fides, 5.7.2011, basiert auf der eindrucksvollen Präsentation: Iraq: A New Beginning – Building the Future of Iraq – Iraq Regional Comparison, UNICEF, 5.7.2011
[7]</a Patrick Cockburn, Betrayal in Baghdad – How the World Forgot About Iraq, Counterpunch, 4.3.2013
[8]</a Dahr Jamail, <a href="http://www.tomdispatch.com/blog/175666"Living with No Future Iraq, 10 Years Later</a, TomDispatch, 26.3.2013.
[9] <a href="http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE14/001/2013/en/bbd876ee-aa83-4a63-bff3-7e7c6ee130eb/mde140012013en.pdf "Iraq: A decade of abuses, Amnesty International, 11.3.2013, Karin Leukefeld, Folter mit System, jW, 12.03.2013 , Iraq executing more people than it has for almost a decade, says Amnesty report, Independent, 7.4.2013
[10] Dahr Jamail, Iraq execution spree under the spotlight, Spate of executions, mass detentions and alleged torture raise concerns over country's human rights situation, Al Jazeera, 11.9.2012
[11] <a href= "http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5ghxgTPj9GpSMvNgICRMiGITjFIKw?docId=CNG.050a0b0564c620ba5c22d568a1119301.7a1" Iraq executes 18 despite international outcry</a, AFP, 26.3.2012
[12] Seymour M. Hersh, Moving Targets -- Will the counter-insurgency plan in Iraq repeat the mistakes of Vietnam?, Newsweek, 8.12.2003
[13] Michael Hirsh u. John Barry, ‘The Salvador Option’ -- The Pentagon may put Special-Forces-led assassination or kidnapping teams in Iraq, Newsweek, 8.1.2005
[14] BBC-Guardian Exposé Uses WikiLeaks to Link Iraq Torture Centers to U.S. Col. Steele & Gen. Petraeus, democracynow.org, 22.3.2013
[15]</a Peter Maass, The Way of the Commandos, NYT, 1.5.2005. Ausführlich behandelt in der IMI-Studie 2005/03 „Der ‚neue Irak‘“
[16]</a Andrew Buncombe u. Patrick Cockburn, Iraq's Death Squads: On the Brink of Civil War -- Most of the corpses in Baghdad's mortuary show signs of torture and execution. And the Interior Ministry is being blamed, The lndependent, 26.2.2006
[17] siehe “War and Occupation in Iraq” a.a.O. und J. Guilliard, „Irak: Wie weiter nach dem gescheiterten Krieg?“ in: Ralph-M. Luedtke, Peter Strutynski (Hrsg.): Von der Verteidigung zur Intervention. Beiträge zur Remilitarisierung der internationalen Beziehungen“, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik Bd. 14, 2007
[18] Costs of War Project</a, a.a.O
[19] Kuala Lumpur War Crimes Tribunal, 19th to 22nd November 2011, Richard Falk, Kuala Lumpur War Crimes Tribunal: Bush and Blair Guilty, richardfalk.wordpress.com, 29.11.2011, Kuala Lumpur WCT 07-11 May 2012, BRussels Tribunal

Joachim Guilliard arbeitet im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg. Er betreibt den Blog »Nachgetragen« jghd.twoday.net
http://jghd.twoday.net/stories/gezielte-zerstoerung-zehn-jahre-krieg-der-usa-im-irak/modTrackback



1. Juni: Proteste in Europa



Große Demonstrationen fanden **am 1.Juni in Portugal** (Bündnis „*Que se Lixe a Troika !* -Zum Teufel mit er Troika!) statt, auch **in Spanien** ("Todos unidos contre la troika" – Zusammen gegen die Troika, "No debemos, no pagamos" Wir schulden nichts – wir zahlen nichts!) und in anderen europäischen Städten
Videos über die Demonstrationen am 1.Juni in Madrid, Barcelona und vielen anderen spanischen Städten, aber auch in Frankfurt, Lissabon, Paris, Wien, Brüssel (Texte auf Spanisch):
http://www.esquerda.net/artigo/v%C3%ADdeos-das-manifesta%C3%A7%C3%B5es-de-1-de-junho/28097
Fotos von Demonstrationen vor allem in Spanien und Portugal: http://www.esquerda.net/artigo/povos-unidos-contra-troika-manif-internacional-em-atualiza%C3%A7%C3%A3o/28091

Proteste in der Türkei:

Berichte: http://www.labournet.de/internationales/tuerkei/politik-tuerkei/landesweite-proteste-gegen-die-turkische-regierung/
Videos: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=RgBRGl341ZA, http://www.youtube.com/watch?v=9iTwbPpB9BM; Günter Wallraff: http://www.welt.de/kultur/article116911585/In-die-Tuerkei-Protesturlaub-machen.html

Gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte



www.drittes-europaeisches-forum.de

Nach den ersten beiden Foren gegen unnützen Großprojekte 2011 im Susatal in Italien (organisiert von NO TAV) und 2012 in Notre-Dame-des-Landes in Frankreich (organisiert von ACIPA), an denen auch AktivistInnen gegen Stuttgart 21 teilgenommen haben, wurde vereinbart, das dritte Forum in Stuttgart auszurichten.
Das dritte Forum ist von der Bewegung für die Bewegung. Für AktivistInnen und Initiativen ist es eine Chance,
- sich aus erster Hand über andere Bewegungen zu informieren
- von einander zu lernen und Erfahrungen auszutauschen
- gemeinsam über Hintergründe und Perspektiven zu diskutieren
- die Vernetzung bundesweit und international aufzubauen und zu festigen, bis hin zu gemeinsamen Aktionen

Sommerakademien

CADTM Europa

28. bis 30. Juni in La Marlagne (Namur), Belgien

Twenty-five workshops and plenary sessions which will analyze what is at stake and discuss the ways and means to resist the debt system in the North as well as in the South: citizens' audit movements and opposition to austerity measures in Europe and elsewhere; the struggle for women's emancipation; recognizing the existence of ecological debt; history of debt: educational tools and much more.

http://cadtm.org/3rd-CADTM-Europe-Summer-University

Attac Österreich

17. bis 21. Juli 2013 in Eisenstadt / Burgenland

Reset Finance!
Wege zu einem gesellschaftlich kontrollierten Finanz- und Bankensystem

http://www.attac.at/events/sommerakademie.html

Attac Deutschland

24. bis 28. Juli in Hamburg-Bergedorf

Globalisierung 2.0
– Analysen – Aktionen – Alternativen

www.attac.de/sommerakademie